

Auslandspreise	Einzelnummer	vierteljährlich
Argentinien	Pes. 0.30	Pes. 1.50
Belgien	Frs. 2.-	Frs. 24.-
Bulgarien	Lew. 8.-	Lew. 96.-
Danzig	Guld. 0.30	Guld. 3.00
Deutschland	Mk. 0.25	Mk. 3.-
Estland	E. Kr. 0.22	E. Kr. 2.64
Finnland	Fmk. 4.-	Fmk. 48.-
Frankreich	Frs. 1.50	Frs. 18.-
Großbritannien	sh. 4.-	sh. 4.-
Holland	Gld. 0.18	Gld. 1.80
Italien	Lit. 1.10	Lit. 13.20
Jugoslawien	Din. 4.50	Din. 54.-
Lettland	Lat. 0.30	Lat. 3.00

Auslandspreise	Einzelnummer	vierteljährlich
Litauen	Lit. 0.50	Lit. 6.00
Luxemburg	B. Frs. 2.-	B. Frs. 24.-
Norwegen	Kr. 0.20	Kr. 4.00
Osterreich	Sch. 0.40	Sch. 4.80
Palästina	P. £ 0.018	P. £ 0.216
Polen	Zloty 0.50	Zloty 6.-
Portugal	Esc. 2.-	Esc. 24.-
Rumänien	Lei. 10.-	Lei. 120.-
Saargebiet	F. Pf. 1.50	F. Pf. 18.-
Schweden	Kr. 0.30	Kr. 3.60
Schweiz	Frs. 0.30	Frs. 3.60
Spanien	Pes. 0.70	Pes. 8.40
Ungarn	Pengö 0.35	Pengö 4.20
USA	Dollar 0.08	Dollar 0.96

Kriegsrecht im Frieden

Der Ausbau des totalen Parteistaates Die Vorbereitung für den nächsten Krieg

„Wir bekämpfen die korumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.“ (Programm der nationalsozialistischen Partei.)

Hitler hat seinen Stabschef Ernst Röhm und seinen Stellvertreter in der Parteiorganisation Rudolf Heß zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Die NSDAP. ist von Hitler zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt worden.

Für die Mitglieder der NSDAP. und der SA. wird eine Parteigerichtbarkeit bei den Dienststellen ihrer Organisationen eingerichtet. Die öffentlichen Behörden haben diesen Dienststellen Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

Alle Behörden sollen noch stärker als zuvor mit nationalsozialistischen Parteiangehörigen besetzt werden.

SA. und SS. werden organisatorisch neugegliedert in Truppe, Reserve und Landsturm.

Die geheime Staatspolizei wird neu organisiert, Ministerpräsident Göring wird direkter Chef, der frühere Leiter Ministerialrat Diehls Inspektor der Staatspolizei.

Zusammenfassung, Machtkonzentration, Verstärkung des Parteeinflusses auf den Staat, immer stärkere Hervorhebung des Totalitätscharakters des deutschen faschistischen Staates! Das bedeutet Verstärkung des Herrschaftscharakters des nationalsozialistischen Staates, Zunahme der Bedrückung der Bevölkerung. Es wird bald keine Lücke mehr auszufüllen, bald keine Steigerung mehr möglich sein.

Das Wahlergebnis vom 12. November ermöglicht es den Despoten, den Herrschafts- und Unterdrückungscharakter ihres Staates zu verbergen hinter dem Schleier einer plebiszitischen Scheindemokratie — aber die Zustimmung der Mehrheit des Volkes ist nur die Zustimmung einer Bevölkerung, die keine Wahl mehr hat als Unterwerfung oder Aufstand. In Wahrheit ist die deutsche Nation in zwei Teile zerlegt — eine herrschende und eine beherrschte Gruppe. Die nationalsozialistische Partei tritt dem Volke gegenüber wie ein Eroberervolk einem unterlegenen Volk. Sie nimmt für die Eroberer alle staatlichen Rechte in Anspruch und beraubt die Beherrschten aller politischen Rechte. Der Staat ist nicht die zweckmäßige Organisation des ganzen Volkes für seine Wohlfahrt, sondern die Organisation der Herrschaft der Eroberer über die Besiegten!

Der Eroberer muß ständig die Besiegten fürchten, die Diktatoren fürchten Unzufriedenheit und Rebellion in der eigenen Gefolgschaft. Der Kurs geht deshalb nicht auf Lockerung der Bedrückung, sondern auf Verstärkung und Ausbau der Diktatur. Das ist der Sinn der verfassungs-

mäßigen Konstruktionen, die in den letzten Tagen in Deutschland vorgenommen worden sind. Soweit neben der Organisation der Diktatur noch selbständige Organisationen, Reste sozialer Selbstverwaltung, vorhanden waren, werden sie aufgelöst —

denn sie könnten zu Sammelpunkten für die Gegner der Diktatur werden. Daher die Zerschlagung der Gewerkschaftsverbände.

Wenn Staatsapparat und Parteiapparat nebeneinander bestehen, kann der

Parteiapparat selbständige Regungen zeigen — darum müssen Staatsapparat und Parteiapparat vollständig eins werden!

Solange noch in der Bürokratie Beamte sind, die nicht restlos nationalsozialistisch sind, solange besteht die entfernte Gefahr, daß auch in der Bürokratie selbständige Regungen und Widerstandskräfte entstehen könnten.

Zum Wesen der Diktatur gehört die Furcht der Diktatoren, und diese Furcht treibt sie zu immer neuen Gewalttätigkeiten, läßt sie immer neue Mittel der Machtsicherung und der Unterdrückung ersinnen.

Es gibt keinen krasserem Widerspruch, als er zwischen dem von uns vorgestellten Satz des nationalsozialistischen Parteiprogramms und der nationalsozialistischen Praxis besteht. Die Diktatur kann um ihrer Existenz willen die Staatsstellen nur nach Parteigesichtspunkten besetzen. Daß dies ohne Rücksicht auf Fähigkeiten und Charakter geschieht — wodurch wurde es besser illustriert, als durch die Ernennung von Ernst Röhm neben Rudolf Heß zum Reichsminister? Ohne Rücksicht auf den Charakter nicht nur des neuen Ministers, sondern auch auf den Charakter seiner neuen Kollegen! Es ist noch nicht so lange her, daß die Mitglieder des Reichskabinetts, die nicht nationalsozialistischer Herkunft sind, sich mit Entrüstung geweigert haben würden, mit Röhm in einer Körperschaft zusammenzuarbeiten, Herr von Papen an der Spitze. Die Vergangenheit und die besonderen Neigungen des Herrn Röhm sollten ihn zu einem unmöglichen und unappetitlichen Partner machen. Aber Charakter, Moral und Aesthetik sind Dinge, die in Deutschland immer unbekannter werden. Es gehört zum Gesetz der Diktatur, daß gerade solche Elemente wie Herr Röhm zu Herren über Deutschland werden! Seine Anwesenheit im Reichskabinetts wird dieser Körperschaft zur besonderen Zierde gereichen!

Dies Reichskabinetts ist überhaupt ein interessantes Gebilde! Es ist einst ins Leben getreten als Koalitionsregierung zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen, zwischen Hitler und Hugenberg. Damals waren die Nationalsozialisten drei — Hitler, Frick und Göring, gegenüber einer starken deutschnationalen Mehrheit. Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März — die wahre Verfassung Deutschlands nach dem Ausspruch des Staatsrechtslehrers Carl Schmitt — war auf den Koalitionscharakter des Kabinetts gegründet. Aber die deutschnationalen Illusionen sind wie Glas zersprungen! Selbte und Papen haben Hugenberg verraten und sind zu Hitler übergegangen, Hugenberg wurde hinausgeworfen, die Deutschnationalen Partei aufgelöst, ihre Erneuerung verboten. Heute sind zehn Nationalsozialisten im Kabinetts: Hitler, Göring, Göbbels, Frick, Heß,

Neuer Verfassungseid



Das ist die Verfassung, auf die sie schwören!

Die Verfassungstreuen.

Das Reichskabinetts Hitler hat, wie offiziös gemeldet wurde, in seiner Sitzung am 1. Dezember beschlossen der Eidesformel für öffentliche Beamte diesen Wortlaut zu geben:

„Ich schwöre, ich werde Volk und Vaterland Treue halten, Verfassung und Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen. So wahr mir Gott helfe!“

Zugleich wurde folgende Bekanntmachung Görings veröffentlicht:

Auf Grund der Art. 23 und 27 der

Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Dienstag dem 12. Dezember 1933, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

Dürfen wir so neugierig sein, im Namen der deutschen Beamten zu fragen, welche Verfassung denn das eigentlich ist, der sie Treue schwören müssen? Die Verfassung, auf die sich Göring beruft, ist noch immer die von Weimar. Aber wenn die Beamten die Verfassung von Weimar beachten sollen, wird der Oberreichsanwalt Werner die Hitler, Göring usw. sofort wegen Hochverrat verhaften lassen müssen.

Ein staatsrechtliches Gutachten ist fällig. Hilf, Carl Schmitt!

Röhm, Darré, Schmitt und die deutschen nationalen Renegaten Seldte und Papen. Daneben gibt es auch noch andere Minister. Sind sie schon Nationalsozialisten? Wir wissen es nicht. Darunter ist der Reichsjustizminister Gürtner, dessen Unterschrift unter dem Gesetz steht, das die Neubildung von Parteien, also auch der Deutschnationalen Partei, mit schwersten Strafen bedroht. Herr Gürtner ist als Deutschnationaler in dies Kabinett gekommen. Zeugt es nicht von Charakter, daß er das Gesetz gegen die Neubildung seiner Partei unterzeichnet hat?

Neben ihm steht der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk, von dem man laut sagt, daß er noch Reichsminister ist, weil er eine zahlreiche Kinderschar hat. Es gehört Charakter dazu, heute deutscher Reichsfinanzminister zu sein!

Aber was bedeutet es schon, heute deutscher Reichsminister zu sein! Soweit sie nicht zur Gruppe der Diktatoren gehören, gilt auch für sie — Sklaven sind sie alle!

Staat und herrschende Partei werden in Deutschland immer mehr eins. Die persönlichen Träger der Herrschaft gebrauchen die Partei, um den Staat zu beherrschen, sie benutzen den Staat, um ihre Herrschaft über die Partei zu sichern. Ihre letzten Maßnahmen bedeuten im Grunde nur eine formale Anerkennung in Wirklichkeit schon vorhandener Zustände in Deutschland. Der Reichskanzler diktiert — er ist trotz Hindenburg Staatsoberhaupt, Gesetzgeber, Chef der Verwaltung und Justiz in einer Person. Ein Parteichef von fast einer Million Mann hält das Volk nieder, weitere Millionen dienen als freiwillige Polizisten, Aushorcher, Denunzianten gegen den Rest des Volkes. Das ist Verfassung genug! Wozu dann noch eine geschriebene Verfassung?

Das Problem der Eingliederung der Justiz in die totale Despotie wird auf die einfachste Art und Weise erledigt. Für die herrschende Partei werden Sondergerichte eingeführt, die allgemeine Justiz wird der Partei justiz unterstellt. Geschriebene Rechtsnormen existieren für die Partei justiz nicht — daß sie in der totalen Despotie überflüssig sind, hat die allgemeine Justiz längst bewiesen, die nur noch nach dem Parteigesichtspunkt urteilt. Die Justiz für die Beherrschten ist in der Despotie nicht

ein Werkzeug der Gerechtigkeit, sondern ein Mittel der Bedrückung und Niederhaltung. Die Sonderjustiz für die beherrschende Partei ist ein Mittel der Machtsicherung der Diktatoren. Schließlich ist die innere Verfassung der NSDAP, die immer mehr zur deutschen Staatsverfassung wird, auch despotisch, und auch innerhalb der herrschenden Partei können die Despoten oder der Despot die Macht nur behaupten mit Unterdrückung, mit drakonischen Strafmitteln und Terror. Die Konzentrationslager für die SA, finden jetzt ihre Ergänzung durch die Parteigerichte der NSDAP-Mitglieder und der SA.

Je weiter die Eroberung des Staates durch die herrschende Partei vorwärts schreitet, umso schärfer tritt die Zerteilung des deutschen Volkes in Herren und Sklaven hervor.

Es ist nicht eine Staatsverfassung, die in Deutschland entsteht, sondern eine Heeresverfassung. Es gibt in dieser Verfassung keine Staatsbürgerrechte, keine Garantie allgemeiner Menschenrechte, keine Abgrenzung von Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung, sondern nur eine Regelung des Unterordnungsverhältnisses unter die Vorgesetzten, eine Regelung der organisatorischen Gliederung, der Strafmaßnahmen zur Erzwingung der Unterordnung. Es ist die Ausprägung des reinsten militaristischen Geistes.

Denn totaler Staat und Militärdespotie sind ein und dasselbe! Diese Gestaltung der wirklichen deutschen Verfassung, die völlige Verschmelzung von Partei und Parteichef mit dem Staat ist nicht das geringste Stück der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, die die Machthaber Deutschlands betreiben. Sicherung der eigenen Herrschaft, das ist der eine Gesichtspunkt, den sie verfolgen, Organisation des deutschen Volkes für kommende kriegerische Auseinandersetzungen der andere. Unter beiden Gesichtspunkten wollen sie jetzt der Entwicklung ein schärferes Tempo geben. Sie ziehen ihre Schlüsse aus der Schwäche der Demokratie in Europa. Sie wollen sobald als möglich bereit sein, und gehen deshalb daran, mit aller Brutalität die Herrschaft auszubauen, die aus dem ganzen Volke ein einziges Heer machen soll.

Mit despotischen Mitteln sichern sie ihren Oberbefehl, die Befehlsgewalt und die Disziplin der Beherrschten. Eine Verfassung für den Krieg — das ist ihr Ziel!

Welchen Respekt das Ausland vor den braunen Brandgegnern bekundet, das weiß nicht nur Göring am besten, sondern vor allem der Chefredakteur des Völkischen Beobachters, der tapfere Heimkrieger Rosenberg! Dem wurden in London derartige Ovationen geleistet, daß sie einer Ausweisung gleichkamen und den braunen Oberbonzen zur vorzeitigen Abreise zwangen. Und während die Vertreter der Demokratie immerhin die Räumung des Rheinlandes, den österreichischen Anschlußwillen, den Youngplan und andere Erleichterungen erzielten, erntete Hitlerdeutschland bis heute nur den deutsch-österreichischen Krieg, Erhöhung der Militärbudgets in allen Ländern, völlige Isolierung, beleidigende Behandlung, Mißtrauen und Boykott, so daß es die Japaner bereits zu Arien erklären mußte.

Wann aber wagt die neudeutsche Presse nun endlich, das pazifistisch geschminkte Hitler-Interview endlich im Wortlaut wiederzugeben?

Der neue diplomatische Ton

Der „Völkische Beobachter“ vom 27. November wütet gegen die Regierung Dollfuß:

„Der „Grenzwissenschaft“, dem ein deutscher Reichwehrosoldat schuldlos zum Opfer fiel, berechtigt die deutsche Öffentlichkeit zu der Frage:

Sind die das heutige Regierungssystem repräsentierenden Männer in Oesterreich im Sinne des deutschen Paragraphen 81 noch zurechnungsfähig oder dürfen sie bei der Liquidierung ihres Gewaltregiments sich Hoffnungen auf einen Freispruch machen, weil die Angst vor dem Hakenkreuz ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen hat?

Das Wüten der derzeitigen Machthaber in Wien ... läßt darauf schließen, daß eine schwere Psychose die Machthaber im Donauraum ergriffen hat.

Es kann aber keinem Volke gleichgültig sein, wenn sich in seiner nächsten Nachbarschaft ständig sich steigende Taten der Unzurechnungsfähigkeit abspielen.“

Das ist der Ton, in dem während des Weltkrieges Propaganda gegen friedliche Regierungen getrieben wurde. Die

Nationalsozialisten fühlen sich im Kriegszustand mit Oesterreich und pflegen deshalb die Kriegspropaganda.

Wo bleibt das Weltgewissen?

Wir lesen den folgenden Aufsatz an das Volksgewissen:

„Es kann der Kulturwelt nicht gleichgültig sein, wenn im Herzen Europas Gefangenemord, Geiselaushubung, Erpressung, Raub, Gewalttaten über Gewalttaten Tag für Tag geschehen, es kann vor allem dem Deutschen nicht gleichgültig sein, daß ... ein Vernehmungskampf geführt wird, der Mittel in Anwendung bringt, die Tataren und Sarazenen im dunkelsten Mittelalter verschmäht haben ...“

Daß man mit weitgehender Zuhilfenahme von Gummiknüppeln von halbwüchsigen Jungen Geständnisse erpreßt, um Erwachsene, oft die Eltern, ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager einleiten zu können.

Nach dieser Anklage folgt die Zusage eines Mißhandelten, der einer Terrorbande in die Hände gefallen war:

„Dort hielt das Auto an und man zerrte mich aus dem Wagen und wollte mich im Stehen ein Oel, das ich nicht kenne, das aber sehr dickflüssig war, einflößen. Anfangs wehrte ich mich, dann zwang man mich in die Knie, hielt mir beide Arme auf dem Rücken zusammen und jetzt flößte mir Penz, während er mir die Nase zuhielt, damit ich keine Luft mehr bekam, das Oel ein. Penz hielt mir die Nase derart zu, daß ich fast erstickte. Nach zirka 15 Minuten wurde ich wieder in das Auto gebracht, und unter vielen Drohungen wurde mir gesagt, wenn ich etwas anzeige, würde ich schon das weitere erfahren und die gehörige Ladung bekommen. Da mir von dem eingeflößten Oel sehr schlecht war und ich mich andauernd übergeben mußte, bin ich sofort heimgegangen. Während der Nacht konnte ich vor Schmerzen nicht schlafen und ich fühle mich heute noch sehr übel.“

Eine „Greneltat“ aus dem Dritten Reich? Aber nein! Wir haben den — „Völkischen Beobachter“ vom 23. November 1933 zitiert, der sich unter der Überschrift: Wo bleibt das Volksgewissen? über die Behandlung der Nationalsozialisten in Oesterreich beschwert.

Krieg oder Frieden? Eine Rede Breitscheids in Paris

In der „Neuen Schule des Friedens“ in Paris sprach unter dem Vorsitz Vanderveldes vor einer großen Zuhörerschaft Breitscheid über „Hitler und Europa“. Er erklärte, daß Europa an dem Sieg Hitlers nicht unschuldig sei und erinnerte daran, wie das besiegte Deutschland, nachdem es demokratische Republik geworden war, behandelt wurde. Im Vergleich zu dem, was jetzt geschieht, seien die „Verfehlungen“ zu Cunos Zeiten harmlos gewesen, dennoch sei damals das Ruhrgebiet besetzt worden. Gegen das Gift des Faschismus sei kein Volk immun, kein Volk dürfe sagen, bei ihm seien ähnliche Vorgänge unmög-

lich. Auch in Deutschland habe man nicht glauben wollen, daß doch Ähnliches geschehen könnte wie in Italien, und doch sei die deutsche Diktatur noch viel brutaler und grausamer als die italienische. Breitscheid forderte eine gemeinsame Front aller Völker, die ihre demokratischen Einrichtungen und Zustände erhalten wollten, gegen die faschistische Drohung, wies jedoch den Gedanken eines militärischen Eingreifens weit von sich. „Nichts liegt mir ferner“, rief er aus, „als die Forderung, daß gegen Hitlerdeutschland mit Waffengewalt vorgegangen werde. Ein Krieg wäre für mich ein verabscheuenswürdiges Verbrechen, er wäre das Ende Europas!“

Die neuen Pazifisten und der Respekt des Auslandes.

Das Matin-Interview, in dem sich Hitler kürzlich als Freund des Friedens und der Versöhnung aufspielte und dabei nicht daran vorbeikam, endlich Stresemanns Verständigungsarbeit einige verstehende Worte zu widmen, hat im Dritten Reich einiges Staunen und im Ausland sehr ironische Kommentare ausgelöst. Um die frühere kriegerische Naziagitator mit der neuen Friedensplatte einigermaßen gleichzuschalten, schwingt sich der Völkische Beobachter zu einer Interpretation des Hitlerinterviews auf und rührt folgenden Brei an:

„Früher konnten weder Brüning noch Stresemann von wirklicher Versöhnung und Frieden sprechen, weil man in Paris die befleckte Vergangenheit der Sozialdemokratie ebenso gut kannte wie in Deutschland, weil jeder Schritt nach dieser Richtung hin nur zu leicht mit den unsanfteren Motiven der November-Revolution in Zusammenhang gebracht werden konnte ...“ Der internationale Kapitalismus wird schmun-

zelnd zur Kenntnis genommen haben, wie sich die Nazibonzen hier wieder einmal empfiehlt: die Sozialdemokratie „macht Klassenkampf“ und die rote Novemberrevolution hat einige Privilegien der Besitzenden beseitigt, aber wir Nazis haben die Volksrechte wieder zerschlagen, wir schützen euch Kapitalisten bis auf weiteres vor Sozialisierung und Großkapitalist Thyssen ist unser Wirtschaftsdictator ... Diese reaktionäre Empfehlung kommt dann noch einmal und wird zu einem tollen Gallimatthias verrührt:

„So haben die Vorsitzenden des alten Systems, gleich ob sie im einzelnen falsch oder richtig handeln, für Deutschland überhaupt nicht wirken können, und wenn der eine oder der andere es auch versucht haben mag, so sind alle diese Versuche durch die fluchbeladene Tätigkeit des Gesamtmarxismus zunichte gemacht worden. Es versteht sich deshalb von selbst, daß das Ausland vor solchen Vertretern keinen Respekt haben konnte (Hindenburg, Neurath etc., wie wird euch? Red. d. N. V.) und demgemäß auf alle Beteuerungen geantwortet hat.“

Die Hölle der Konzentrationslager

In keinem Lande der Welt wird ein Staatsbürger seiner Freiheit beraubt, wenn er sich nicht gegen die Gesetze vergangen hat. Nur in Deutschland erfolgen Verhaftungen ohne jeden ersichtlichen Anlaß und in Willkür. Heuchlerisch wird diese Art der Haft „Schutzhaft“ genannt. Da die Gefängnisse und Strafanstalten für die große Zahl der Schutzhaftgefangenen nicht ausreichen und die Grausamkeiten der SA-Wachmannschaften verborgen bleiben sollen, so sind „Konzentrationslager“ geschaffen worden. Die Zahl dieser Lager sowie die Zahl der Gefangenen hat sich ständig erhöht. Nach einer zuverlässigen Statistik des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, bestehen noch immer 68 Konzentrationslager, in denen etwa 50.000 Gefangene sich befinden, und zwar sind das folgende Lager:

- Ostpreußen: Grundaus bei Königsberg, Soldin.
- Brandenburg: Bernau, Börnicke bei Nauen, Bützow, Brandenburg a. d. Havel (früheres Zuchthaus, das wegen Baufälligkeit und Gesundheitsgefährdung geräumt war — 1600 Gefangene), Jüterbog, Oranienburg (dient jetzt im wesentlichen der Unterbringung rebellierender SA-Männer — 1000 Gefangene), Sonneburg (ebenfalls längst abbruchreif und daher geschlossenes Zuchthaus, 600 Gefangene).
- Schlesien: Frankenthal, Münsterberg, Leschwitz bei Görlitz.
- Provinz Sachsen: Erfurt, Lichtenburg b. Torgau (etwa 1000 Gefangene) Gräfenhainichen, Zörbig.
- Schleswig-Holstein: Eutin, Glückstadt, Rickling.
- Hannover: Mooringe, Wilsede (1300 Gefangene, und zwar revolutionierende SA-Männer).
- Westfalen: Bergkamen, Börgermoor (etwa 2000 Gefangene, berüchtigt wegen seltener Grausamkeit), Esterwegen, Neustrun bei

- Lathen a. d. Ems, Sennelager, Wannoe-Eickel.
 - Hessen-Nassau: Ginsheim, Fochsbach, Kassel, Rödelheim, Wetzlar.
 - Rheinprovinz: Bayernburg b. Wuppertal, Brauweiler, Coblenz-Karmerita (700 Gefangene), Coblenz-Karthause, (300 Gefangene), Düren, Jülich, Kemna b. Wuppertal, Siegburg (2500 Gefangene).
 - Bayern: Dachau (3000 Gefangene, noch immer die Stätte grausamster Folterungen).
 - Sachsen: Bautzen, Colditz (900 Gefangene), Crimmitschau, Dresden (Mathildenschloßchen), Gräfenhainichen, Hainichen b. Döbeln, Heirowald b. Zittau (380 Gefangene), Burg Hohnstein (600 Gefangene), Sachsenburg b. Flöha (1600 Gefangene), Sonneburg b. Chemnitz, Osterstein b. Zwickau.
 - Württemberg: Gotteszell bei Gmünd.
 - Baden: Ankenburg b. Villigen, Bad Dürheim (800 Gefangene), Heuberg (gemeinsames Lager von Baden und Württemberg, trotz Entlassungen noch 1600 Gefangene), Kislau bei Bruchsal, Rastatt (300 Gefangene).
 - Thüringen: Blankenhain b. Weimar, Jena, Ohrdruf (1000 Gefangene), Untermaßfeld.
 - Hessen: Osthofen, Langen.
 - Oldenburg: Vechta.
 - Braunschweig: Wollenbüttel (600 Gefangene).
 - Hamburg: Fuhlsbüttel, Wittmoor.
 - Bremen: Hastet (für rebellierende SA), Insel Langlütgen, Miesler (400 Gefangene), Bremen hat außerdem ein Konzentrationslager auf einem stillgelegten Schiff.
 - Anhalt: Dornburg.
- Mindestens die gleiche Zahl von Gefangenen befindet sich in den Polizei- und Gerichtsgefängnissen, ohne daß gegen sie eine Untersuchung geführt oder ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Hunderttausend Menschen sind also der Freiheit sowie ihrer Existenz beraubt, ihren Familien entrissen, ohne daß man sie überhaupt eines Vergehens gegen die Gesetze beschuldigt!

Ende der Scheingewerkschaften

Ende der Koalitionsfreiheit — Dinta-Erziehung — Zwangsorganisation nach Feierabend — Uniformierung der Arbeiter — Aufrechterhaltung der Unternehmerorganisation — Arbeitsfront öffentlich — Rechtliche Körperschaft — Braune Gewerkschaftsbonzen werden Beamte.

Als die braunen Horden am 2. Mal der deutschen Arbeiterklasse ihre Gewerkschaftsorganisationen raubten, wurde versprochen, die Verbände von Korruption und Mißwirtschaft zu reinigen. Dann kam Erlaß auf Erlaß, bis die Berufsverbände als Glieder der Deutschen Arbeitsfront, ihrer sozialen Aufgaben entledigt, nur noch die Funktion einer Beitragsmaschine auszuüben hatten. Anfang Juli wurde der letzte Rest der „marxistischen“ Funktionäre auf die Straße gesetzt. Die

Arbeitsbeschaffung für 20 000 braune Gewerkschaftsbonzen

war gelungen. Noch war die Reinigung nicht beendet, es war noch nötig, die Arbeitsfront und die Nazibetriebszellen von den Rebellen im eigenen Lager zu entlasten. Auch diese Säuberung ist inzwischen durchgeführt.

Die Reichstagswahl am 12. November 1933 hat gezeigt, daß die marxistischen Brutstätten immer noch nicht vertilgt werden konnten. Zwar meinte Robert Ley, der General der Arbeitsfront:

„Zwei Millionen Neinsager wird es immer geben, das sind asoziale Menschen, Elemente, die jedes Volk hat, doch haben muß, wenn es sie nicht hätte, würde es an Verstopfung leiden.“

doch leitet er in der gleichen Rede auf einer Führertagung im Berliner Rathaus einen Umbau der Arbeitsfront ein, der einen allzu deutlich zeigt, wie stark die Vernunftbeschwerden sein müssen, die dem Nazideutschland aus dem Verschlingen der Gewerkschaften entstanden sind.

Selbst der demagogische Versuch, auch nur Scheingewerkschaften weiter zu führen, ist gescheitert. Jetzt soll nach dem neuesten Programm Dr. Leys die Arbeitsfront ein völlig neues Gesicht bekommen.

Von gewerkschaftlichen Aufgaben ist nicht mehr die Rede.

In der jetzt eingeleiteten Etappe wird offen ausgesprochen, daß die Arbeitsfront nur noch als Werkzeug des faschistischen Staates dienen darf, denn so spricht Ley:

„Die Partei stellt die Prediger“, so sagt Ley, „und das in der deutschen Arbeitsfront organisierte Volk bildet die Gemeinde, die die Gedanken des Führers in die Tat umsetzt. Die Partei wird daher immer klein sein. Die Deutsche Arbeitsfront soll und muß einmal das ganze Volk erfassen, außer den immer vorhandenen asozialen Elementen.“

Als erste Konsequenz wird angekündigt, daß sämtliche Unternehmer und Angestellte, die Pgs. sind, als Einzelmitglieder in die NSBO. einzutreten haben. Darüber hinaus soll der Raub vom 2. Mal nunmehr seine Krönung erhalten.

Die Deutsche Arbeitsfront ist die Zusammenfassung aller im Arbeitsleben stehenden Menschen ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung.

Dieser Leitsatz des soeben verbreiteten programmatischen „Aufrufs an alle Schaffenden“ wird dahin erläutert, daß die Verbände der Arbeiter und der Unternehmer nicht mehr der Wahrung besonderer wirtschaftlicher und sozialer Schichtungen zu dienen haben.

Nach dem Willen unseres Führers Adolf Hitler ist die Deutsche Arbeitsfront nicht die Stätte, wo die Fragen des täglichen Arbeitslebens entschieden, die natürlichen Unterschiede der einzelnen Arbeitsmenschen (des Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit) aufeinander abgestimmt werden.

Es gibt also keinerlei soziale Interessenvertreter durch ihre Gewerkschaften, sondern Dr. Ley kündigt für die nächste Zeit die Neuregelung der Arbeitsbedingungen an, und zwar in einer Weise, daß „Führer und Gefolgschaft im Betriebe“ ihre Stellung zugewiesen erhalten.

Es ist aus dem Aufruf noch nicht klar ersichtlich, ob auch eine Auflösung der einzelnen Berufsverbände geplant ist, doch ist bereits eine Mitgliedersperre verhängt worden, so daß weder Eintritte noch Austritte zulässig sind.

Zunächst werden eifrig Einzelmitglieder für die Betriebszellen geworben. Die Entgewerkschaftung der Arbeiter und Angestellten wird begleitet von einer

Erziehungsaktion des sog. Dinta

(Deutsches Institut für technische Arbeitsforschung und -schulung). Das Dinta, eine der Schulumrichtungen auf wirtschaftsfriedlicher Grundlage, war vor einigen Jahren von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie geschaffen worden, um die Arbeiter und Angestellten unter Vortäuschung einer sozialpolitischen Wissenschaftlichkeit von den freien Gewerkschaften zu entfernen und für die Gelben zu gewinnen, im zeitlichen Zusammenhang mit der Umbildung der Arbeitsfront ist das Dinta jetzt in dieselbe eingegliedert worden.

Das große Feierabendwerk soll bezwecken, daß Arbeiter und Angestellte auch nach der Arbeit als Einzelmitglieder einer Zwangsorganisation für die Freizeit eingereiht sind.

Die Gelder der Deutschen Arbeitsfront werden für dieses Werk zur Verfügung gestellt nach dem Grundsatz: Ihr gebt Euer Geld nicht mehr wie früher für Streiks und Aussperrungsfonds, sondern für Eure Organisation der Freizeit „Nach der Arbeit“.

Dazu kommt die einheitliche

Uniformierung der Arbeiter,

wobei auch nicht mehr vom Ständewesen oder von Fachschaften die Rede ist, sondern nur von der Gleichmachung aller Arbeitenden als der dem faschistischen Staat unterstellten Masse.

Selbst wenn formell die Einzelverbände bestehen bleiben sollten, so sind mindestens ihre Vermögen wie die laufenden Beiträge für den politischen Zweck der neuen Arbeitsfront beschlagnahmt. Der Schatzmeister Brinkmann gibt in einem längeren Erguß bekannt, daß die Buchführung in den freien Gewerkschaften nichts getaugt habe. Jetzt hat Brinkmann eine zentrale Finanzabteilung für die sämtlichen Verbände eingerichtet, sämtliche Finanzverwalter der Einzelverbände sind ihm unterstellt. Also auch finanztechnisch ist alles vorbereitet, um stündlich jedes Eigenleben der Einzelverbände abdresseln zu können.

Für den Verlust ihrer Gewerkschaftsvertretung sollen Arbeiter und Angestellte durch die

Einführung eines Arbeitspasses

entschädigt werden. Es ist die Bestätigung, daß es im Dritten Reich nicht nur Parteibuchbeamte, sondern auch Parteibucharbeiter und Parteibuchangestellte gibt. Die übrigen können mangels eines Arbeitspasses verhungern.

Die tatsächliche Lahmlegung sämtlicher Arbeitnehmerorganisationen wird

zwar damit begründet, daß für soziale Interessengegensätze heute kein Raum mehr sein dürfte. Die neue Arbeitsfront hat aber die Unternehmerorganisationen nicht abgelöst. Der Reichsstand der deutschen Industrie und ebenso die Zentralverbände des deutschen Großhandels und für das deutsche Bankiergewerbe bleiben bestehen. Sie haben angeblich weiterhin Spezialaufgaben zu lösen.

Da die Arbeiter und Angestellten nicht mehr einsehen werden, wozu sie nach restloser Beseitigung jedes gewerkschaftlichen Lebens noch Beiträge bezahlen sollen, so ist die Ley-Aktion verbunden mit der Anerkennung der

Gewerkschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften.

In einer Erläuterung wird ausgeführt:

„Im allgemeinen wird eine Gewerkschaft, auch wenn sie eingetragener Verein ist, ihre Mitglieder nicht daran hindern können, auszutreten. Bei der Körperschaft des öffentlichen Rechts dagegen kann ein Mitglied nicht aus-treten.“

Für die Beitreibung der Beiträge erhält die Arbeitsfront ihre eigenen Vollzugsorgane, so daß sie keiner gerichtlichen Hilfe mehr bedarf. Für die Mitglieder ergibt sich nach der amtlichen Anweisung folgende Rechtslage:

„Die Mitglieder gehören in demselben Augenblick einer Körperschaft an, die genau so wie der Staat öffentlich rechtlich ist, also von der Staatsgewalt mit einem Teil ihrer eigenen Aufgaben beauftragt ist. In demselben Augenblick untersteht die Arbeitsfront der Staatsaufsicht und in demselben Augenblick untersteht demnach auch die Tätigkeit der Mitglieder der Arbeitsfront und deren Geist der Aufsicht des Staates.“

Die geraubten Gewerkschaftsverbände sind also endgültig ihrem Zweck entzogen, der Totalitätsanspruch des Faschismus ist befriedigt und Millionen von Arbeiter und Angestellte sind betrogen und verraten. Aber eine rettende Tat hat Herr Dr. Ley im Kampf gegen Eigen-nutz und für Gemeinnutz bei seiner Henkersarbeit in den deutschen Gewerkschaften noch vollbracht. Er berichtet über die Umwandlung der Gewerkschaften bzw. der Arbeitsfront zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften triumphierend:

Das wesentlich Neue dürfte aber vor allem sein, daß die Angestellten der Arbeitsfront rechtlich Beamtencharakter bekommen.

Es ist erreicht, die braunen Gewerkschaftsbonzen werden Beamte und sie können sich aus den geraubten Gewerkschaftsvermögen, ohne gearbeitet zu haben, auch noch pensionieren lassen.

Weder treu, noch deutsch, aber pensionsberechtigt! S. A.

Eine glorreiche Reformation

Reichsbischof gegen Kirchenparteien — Flucht zu den Sekten

Die neue große braune Reformation hat ihr erstes Piasiko hinter sich. Die nationalsozialistische Kirchenpartei der Deutschen Christen mußte aufgelöst werden, das „geistliche Ministerium“ der evangelischen Kirche ist zurückgetreten. Durch Erlaß des Reichsbischof Müller wird den Mitgliedern des geistlichen Ministeriums und den Beamten und Hilfsarbeitern der Reichskirchenregierung die Zugehörigkeit zu kirchenpolitischen Parteien, Bündeln, Gruppen und Bewegungen untersagt. Das soll für alle deutschen Landeskirchen gelten.

Damit ist der Vorstoß der Nazi-Evangelischen, deren Revolution von der Revidierung der „verjudeten“ Bibel bis zur Beseitigung des „orientalischen“ Kreuzifixes gehen will, zusam-

mengebrosen. Er begann mit jenor nationalsozialistischen Berliner Kirchenversammlung, in der Dr. Krause die Rebellion gegen das rassistisch minderwertige Alte und Neue Testament ausrief. Der anwesende Bischof von Brandenburg, Hossenfelder, der gleichzeitige Führer der Deutschen Christen ist, trat dieser Ketzerlei nicht entgegen, weshalb die Pfarrernothände in Bewegung kamen und etwa 8000 Pfarrer die Opposition gegen Hossenfelder und das heidnische Treiben auf ihre Fahne schrieben. Wenn man also „oben“ nicht eine Zerreißen der evangelischen Kirche wollte, so blieb nur eins: zurück zum Bibeldogmen. Bischof Hossenfelder sollte zurücktreten, weigerte sich, berief sich auf die, die ihn ermutigt hatten: die Göbbels, Hitler,

Röhm. Aber denen war auch malmig geworden, sie ließen den Apostel des neuen germanisch gereinigten Jesus tapfer im Stich. Das geistliche Ministerium trat zurück.

Der ganze Vorgang zeigt dasselbe dilettantisch-kurpfuscherische Gesicht, die alle „Reformen“ des Dritten Reiches aufweisen. Mit großem Getöse wurde die Partei der Deutschen Christen gegründet, jetzt muß sie von den Gründern selbst verboten werden. Hitler wurde mehrfach als neuer nordischer Reformator der gereinigten, geeigneten evangelischen Kirche ausgerufen — ausgerechnet der gläubige Katholik Hitler soll den Luther von 1933 spielen! Er bemüht sich im Moment gerade im Schweiß seines Angesichts, mit dem Heiligen Stuhl zu einer Verständigung wegen Sterilisierungsgesetz und Arterparagrafen zu kommen, gegen welche Gesetze die katholische Kirche entschieden Einspruch erhebt. Denn sie ist ja schließlich an ihre Sakramente gebunden und die dulden weder Unfruchtbarmachung, noch Zerstörung der Ehe wegen jüdischer Ahnen. Hier handelt es sich um einen schweren grundsätzlichen Konflikt, bei dem es keine andere Lösung gibt als eine katholische Fassung der betreffenden Gesetze — und das ginge ohne neue Blamage Hitlerdeutschlands nicht ab.

Inzwischen bemüht sich der Reichsbischof Müller, ein neues „geistliches Ministerium“ zu bauen, das sowohl den reinen Jesusanhängern wie den Nazichristen vertrauenswürdig ist. Denn die Flucht aus den Landeskirchen hat in den letzten Wochen ziemlich Fortschritte gemacht. Ernste Christen entziehen sich in einer Kirche nicht dahem fühlen können, deren Hüter auf Parteikommando das Christusbild in zwei Teile reißen, und die Braunen entweichen, weil ihnen Jesus' jüdische Großmutter mißfällt. Sie flüchten zu den verschiedenen Sekten der Arianisten, die zu verschiedenen nordischen Göttern beten, aber durch den gemeinsamen Ruf „Wotan erwache!“ zusammengehalten werden und als dritte deutsche Kirche gelten wollen.

Luther würde im Grabe rollen, wenn er seine Nachfolger von 1933 am Werke sehen könnte ...

Röhm soll heiraten

Herr Frick, Reichsminister des Innern im Dritten Reich, mahnt das deutsche Volk, daß es sich mehr Kinder anschaffe, damit der Hitlerstaat eines Tages nach dem Worte seines Führers zum Herrn der Erde werde. Früher sagte der Soldatenwitz „der Kaiser braucht Soldaten“, heute heißt es „Hitler braucht Soldaten“. Herr Frick verschont mit dieser Aufforderung selbst die höchsten Stellen des Dritten Reiches nicht! Auf der Gründungsversammlung des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst am 20. November mahnte er:

„Der Sieg der erbgesunden kinderreichen Familie entscheidet über das Leben und die Erhaltung des deutschen Volkes im Herzen Europas. Ich erinnere an die Worte Mussolinis, der an hervorragender Stelle schonungslos die Wahrheit sagte, indem er bittere Anklage erhob: „Wo sind die Wärdenträger des Faschismus, die eine kinderreiche Familie, d. h. nicht weniger als fünf Kinder haben?“

Unser Führer, der sich selbst für unser Volk bis zur Verleugnung seiner eigenen Person einsetzt, braucht Männer, die die von ihm als richtig erkannten Gedanken und Ziele auch durchführen.“

Herr Frick kann, wie Mussolini, erklären: Ich habe das meine getan! Aber was ist's mit Röhm? Hat Frick daran gedacht, welche Verbesserung der deutschen Rasse es bedeuten würde, wenn Röhm sich entschließen wollte, eine erbgesunde Familie zu gründen und mit einem rassereinen deutschen Mädchen aus dem Bund deutscher Mädchen seine wertvollen völkischen Eigenschaften zu vererben?

Herr Hitler selbst ist leider nicht in der Lage, Mussolini nachzuahmen, soweit diese Mahnung zum Kinderreichtum in Betracht kommt. Als Junggesellen trifft ihn die „bittere Anklage“ ebenso wie Röhm. Wird er nun nächsten seine Verheiratung mit einer echt deutschen Frau mitteilen, damit seine kostbaren Eigenschaften in seinen Nachkommen dem deutschen Volke erhalten bleiben? Oder schreckt ihn das Ergebnis des Göbbelschen Versuches, zur Erhaltung der erbgesunden Familie beizutragen, fürchtet er, daß die Kinder in rassistischer Hinsicht nach dem Vater schlagen könnten?

Was ist Schutzhaft?

Ein KPD-Funktionär, der in einem Hochverratsprozeß verurteilt wurde, beantragte Anrechnung von acht Monaten Dachau auf die verhängte Strafe. Das Reichsgericht lehnte ab, mit der Begründung, die Schutzhaft habe sich der Angeklagte „fast immer aus anderen als rein strafrechtlichen Gründen selbst zuzuschreiben.“

Die Reichsrichter haben damit festgestellt, daß es im heutigen Deutschland Strafen ohne Schuld und ohne Gesetz gibt.

Pässe für Flüchtlinge!

Eine brennende Frage der Emigration.

Die Regelung der Paßfrage, der Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen ist geradezu die Voraussetzung für die wirtschaftliche Fürsorge für die deutschen Flüchtlinge.

Der Völkerbund ist durch die russischen Flüchtlinge, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird und die etwa 300.000 armenischen schon früher vor ähnliche Probleme gestellt worden. Der Nansenpaß wird von 50 Staaten für russische, von 36 für armenische Flüchtlinge ausgestellt. Diese Staaten erkennen auch die Nansenpässe gegenseitig an. Deutsche Behörden regten im April 1926 eine ähnliche Regelung für Staatenlose an und der Bund der Staatenlosen richtete im Jahr 1927 von Berlin aus eine entsprechende Bitte an den Kommissar für russische Flüchtlinge.

Ein Sachverständigenkomitee hat dann nach Beratung der Frage im Januar 1927 ein Gutachten erstattet. Es hat dabei festgestellt, daß außer für die Staatenlosen eine Regelung gefunden werden müsse, auch für Personen zweifelhafter Staatsangehörigkeit und für solche, deren Staatsangehörigkeit zwar einwandfrei feststeht, denen aber von den Behörden ihres Staates der Paß verweigert wird. Die Sachverständigen erklärten, ihre Aufgabe nach praktischen und menschlichen Gesichtspunkten lösen zu wollen. Es komme darauf an, allen, die den Schutz eines Staates entbehren müssen, zu helfen und gleichzeitig den Staaten, in die sich die Flüchtlinge aus einem anderen Zufluchtsstaat begeben, eine Sicherung zu verschaffen. Die Sachverständigen waren der Meinung, daß durch die Gewährung von Pässen, die zwar eine zweifelsfreie Staatsangehörigkeit haben, aber keine Pässe bekommen können, die Zahl der Staatenlosen nicht vergrößert werde.

Das Komitee schlug vor, die Staaten sollten eine Konvention abschließen, nach der den genannten drei Personengruppen von den Staaten ihres Aufenthalts ein Paß von einheitlichem Aussehen gegeben werden solle, mit dem Titel „Paß für Personen ohne nationalen Paß.“

Die 3. Allgemeine Konferenz für Verbindungen und Verkehr machte sich in ihrem Beschluß vom 2. September 1927 den Expertenvorschlag nicht zu eigen. Gegen die Gewährung eines einheitlichen Dokuments bestand kein Widerstand, wohl aber gegen die Einbeziehung der Personen zweifelhafter Staatsangehörigkeit, denen von den Behörden ihres Landes der Paß verweigert wird. Die Gegner der Gewährung eines Passes an diese Gruppe sagten, es sei notwendig, die Zahl derjenigen zu beschränken, die sich entnationalisieren ohne eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben. Auch handle es sich bei den Personen, denen die Behörden ihres Vaterlandes keinen Schutz geben wollen oft um solche, die sich der Steuerleistung oder Militärpflicht entzogen oder gegen die Gesetze ihres Landes verstoßen haben.

Die Konferenz ließ dann den Gedanken der Gewährung von Pässen an Personen mit zweifelsfreier Staatsangehörigkeit ganz fallen. Sie lehnte auch den Vorschlag einer Konvention ab und beschloß lediglich den Staaten zu empfehlen, Staatenlosen und Personen mit zweifelhafter Staatszugehörigkeit einen Personalausweis zu geben. Auf diesem Papier soll vermerkt werden, daß es sich um einen Fremdenpaß handelt. Es soll weiter vermerkt werden, daß der Träger des Passes bei Reisen das Recht zur Rückkehr in das Land haben soll, das den Paß ausgestellt hat, es sei denn daß dieser Vermerk gestrichen ist. Der Paß soll in der Regel auf 6 Monate ausgestellt werden. Er soll möglichst für alle Länder oder doch wenigstens Ländergruppen gelten. Jedes Land behält die Entscheidung, ob es dem Paß sein Visa erteilen will, doch soll dabei möglichst einfach und großzügig verfahren werden. Ein Anspruch auf Schutz durch die Behörden des Landes, das den Paß ausstellt, wird mit dessen Bewilligung nicht verbunden, ebenso wenig eine Änderung

in der Nationalität des Besitzers. Die Empfehlung der Kommission auf Einführung eines solchen Ausweises soll die Zulassungs-, Aufenthalts- und Niederlassungsgesetzgebung der einzelnen Staaten nicht berühren.

Das Völkerbundsekretariat hat im Juni 1929 Auszüge aus den Antworten der Staaten auf die Empfehlung in der Paßfrage veröffentlicht. Danach haben sich bereit erklärt, den einheitlichen Personalausweis einzuführen oder hatten schon ähnliche Papiere: Südafrika, Deutschland, Australien, Oesterreich, Belgien, Bulgarien,

Dänemark, Ägypten, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Ungarn, Indien, Italien, Japan, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Serbien, Siam, Schweden, Schweiz. Estland gibt Staatenlosen oder Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit den Nansenpaß, Kanada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben eine Art Schutzbefehlenspaß für Personen, die lange Jahre ansässig sind und wollen andere Papiere nicht einführen, Rumänien erleichtert die Einbürgerung für sie, und will daher dem Vorschlag der Kommission nicht folgen.

Letztlich hat abgelehnt. Der Bericht enthält offenbar nicht alle Staaten, die dem Vorschlag der Kommission entsprechend verfahren, so fehlt die Tschechoslowakei.

So erfreulich es ist, daß danach die ihrer Staatsangehörigkeit beraubten deutschen Flüchtlinge einen Paß bekommen können, so wenig günstig ist der Verlauf der Angelegenheit für die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge. Ein Teil der Arbeiter, die vor den Brutalitäten der Nazis geflohen sind, hat niemals einen Reisepaß gehabt. Ein Teil der politischen Flüchtlinge hat in der Eile Deutschland ohne Paß verlassen. Ihnen und einen Teil der jüdischen Flüchtlinge wird aller Voraussicht nach der Paß, wenn er abgelaufen ist, nicht erneuert werden. Sie fallen nicht unter die bisherige internationale Regelung. Für sie wird der neue Völkerbundkommissar für die deutschen Flüchtlinge möglichst schnell eine Regelung herbeiführen müssen. Die Gewährung des Nansenpasses ist mit vielen Umständen verknüpft und noch umständlicher ist es, ein Visa dafür zu erhalten. Die Schaffung einer Art Judenpaß muß, auch wegen der Konsequenzen, vermieden werden. Darum bleibt nur die Gewährung von einheitlichen Fremdenpässen, also der Titre d'Identité, auch an die deutschen Flüchtlinge, die die deutsche Staatszugehörigkeit noch besitzen, aber keinen gültigen Paß haben oder ihn von den deutschen Behörden nicht bekommen können. Der Kommissar für die Flüchtlinge wird seine ganze staatsmännische Kunst darauf verwenden müssen, eine Methode zu finden, die erlaubt, diese Papiere auszugeben, ohne dabei die auf der Konferenz 1927 erwähnten Interessen der Staaten zu verletzen. Die Flüchtlinge hoffen, daß er auch in diesem Punkt ein tapferer und mitfühlender Anwalt ihrer Sache sein wird.

Kleine Geschichten...

Lerne leiden, ohne zu klagen!

Unter dieser netten Überschrift kanzelt das Leipziger Naziorgan, die „Leipziger Tageszeitung“, das ehemalige Weltblatt, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ab, weil sich die L.N.N. gestattet hatten, das Verbot einiger Stahlhelmgruppen in Braunschweig als eine höchst beklagenswerte Verschönerung der Gegensätze zu bezeichnen. Wir zitieren aus der höhnischen Antwort des Naziblattes wörtlich:

„... so wollen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß kein bürgerliches Blatt das Recht hat, an irgendeiner Maßnahme einer nationalsozialistischen Regierung auch nur den Schein einer Kritik zu üben...“

Wohlmeinende Ratschläge oder gönnerhafte Hinweise lehnen wir dankend ab und Kritik bürgerlicher Blätter verbitten wir uns!

Also nicht einmal eine Scheinkritik ist der bürgerlichen Presse erlaubt. Das Schönste an diesem Trauerspiel ist die Überschrift: Lerne leiden, ohne zu klagen! Arme Presseskulls!

Ein köstlicher Witz

Wie des Chemnitzer Naziorgan meldet, ist an einem Feiertag in einem Haus am Humboldtplatz eingebrochen und gestohlen worden. Eine alltägliche Sache! Aber auf die Hillerule des Bestohlenen kamen vom nahen Jahnturnplatz nationalsozialistische Turner

und nahmen die Verfolgung auf. Ueber den weiteren Verlauf der Affäre lassen wir das Naziorgan selbst sprechen:

„Die gestohlenen Gegenstände, Schmucksachen, Geld und ein Voltmeter, konnten den Einbrechern von den Verfolgern abgenommen werden. Während die Schmucksachen abgeliefert worden sind, hat sich derjenige Verfolger, der dem Einbrecher das Geld und den Voltmeter abgenommen hat, bisher nicht gemeldet und auch die Gegenstände nicht abgeliefert.“

Hat er nicht? Aber wieso soll er denn auch? Was ein Nazi in der Hand hat, das hält er fest. Das ist sein gutes Recht, aufgebaut auf der Moral des neuen Reiches. Wer weiß denn, ob der Bestohlene nicht ein Marxist war? Und wie sagte doch Graf Helldorf vor Gericht: „Alle Verbrecher sind Marxisten!“

Immerhin etwas!

In Chemnitz ist die Stelle des sozialdemokratischen Bü. germeisters Schenker mit einem nationalsozialistischen Handlungsgehilfen besetzt, der nun im Chemnitzer Naziblatt seinen Lebenslauf schildert. Da er selbst läßt, daß die Aneinanderreihung belanglosester Banalitäten etwas peinlich wirkt, fügt er am Schluß mit gehobener Brust hinzu:

„Zur Vervollständigung meiner Ausführungen möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß ich seit Frühjahr 1931 verheiratet bin.“

Natürlich! Respekt vor einem verheirateten Mann! Wenn man sonst nichts hat ist das immerhin etwas.

Der innere Raubkrieg

Der deutsche „Reichsanzeiger“ veröffentlicht abormals eine Liste über Vermögensbeschlagnahmen. Es handelt sich u. a. um die Gut-haben und in einigen Fällen auch um die Wohnungseinrichtungsgegenstände der Eheleute Dr. Rudolf und Toni Breitscheid, des Schriftstellers Heinrich Mann, des kommunistischen Zeitungsverlegers Wilhelm Münzenberg, des

Rechtsanwalts und Notars Dr. Johannes Werthauer, des Rechtsberaters der ehemaligen kommunistischen Reichstagsfraktion Professor Felix Halle und des früheren Ministerialdirektors Hermann Badt. Von dem Schriftsteller Emil Ludwig und dem früheren Chefredakteur Leopold Schwarzschild wurde deren Forderung auf Auszahlung des Rückkaufwertes ihrer Lebensversicherung eingezogen.

Es ist ein innerer Raubkrieg, den die Machthaber des Dritten Reiches gegen die Opposition betreiben. Weil sie noch nicht stark genug sind, den Raubkrieg über die Grenzen zu tragen, üben sie sich an ihren politischen Gegnern im Innern.

Das heißt Amnestie!

Massenverhaftungen in den letzten vier Wochen.

Nach den Wahlen vom 12. November versprochen die nationalsozialistischen Machthaber eine Amnestie. Statt der Amnestie erfolgen jetzt täglich Massenverhaftungen, über die auf ausdrückliche Anweisung der Geheimen Staatspolizei die Presse nicht mehr berichten darf. Allein in den letzten vier Wochen sind mehr als 1000 frühere Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Und zwar allein in Dresden 500, in Chemnitz 190, in Breslau 120. Da auch unter den übrigen oppositionellen Gruppen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, so sind die Gefängnisse und Konzentrationslager so überfüllt, daß häufig Entlassungen von Inhaftierten nicht aus rechtlichen oder politischen Erwägungen erfolgen, sondern einfach aus Mangel an Platz. Das ist um so bemerkenswerter, weil entsprechend den barbarischen Grundsätzen des neuen nationalsozialistischen Strafvollzugs die Gefängnisse bereits vier- bis sechsfach so stark belegt sind als früher. Wenn also überhaupt Entlassungen erfolgen, so nicht, weil man begangenes Unrecht sühnen oder einen Strich unter das Vergangene ziehen will, sondern nur, weil Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager und SA-Folterstätten überfüllt sind.

Haben Sie schon Ihre Abonnementsgebühren überwiesen?

Unsere Postscheck-Konten lauten:

TSCHECOSLOWAKEI:
Zeitschrift „N. V.“, Karlsbad
Prag 46.149

ÖSTERREICH:
„Neuer Vorwärts“, Karlsbad
Wien B-198.304

POLEN:
„Neuer Vorwärts“, Karlsbad
Warschau 190.163

SCHWEIZ:
„Neuer Vorwärts“, Karlsbad
Zürich Nr. VIII 14.697

UNGARN:
Anglo-Cechoslovakische und
Prager Creditbank, Filiale
Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“.
Budapest Nr. 2029

JUGOSLAWIEN:
Anglo-Cechoslovakische und
Prager Creditbank, Filiale
Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“.
Beograd Nr. 51.005

Wir bitten Sie, die Einzahlungen sofort und unter Beachtung der Kontenbezeichnung vorzunehmen.

Der Junggeselle als Staatsfeind

Die Magistrats-Pressestelle der Stadt Frankfurt a. M. teilte mit: Nachdem der Herr Oberbürgermeister festgestellt hat, daß in der Stadtverwaltung noch 1600 ledige Personen als Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, hat er aus staats- und bevölkerungspolitischen Gründen diesen in Frage kommenden Ledigen aufgegeben, die Gründe, die einer Verheiratung entgegenstehen, mitzuteilen, bezw. der Frage einer Heirat ernsthaft näherzutreten, da die Innehaltung von Arbeitsplätzen durch Ledige Verheirateten und Familienvätern die Existenzgrundlage verschlechtert.

Für die Enquete — von der Hitler und Röhm erst betroffen werden, wenn die Befragung auf das Reich übergreift — soll folgender Fragebogen vorgesehen sein:

Wann hatte Seine Ihre erste Freundin? — Wie hieß sie? — Wie weit kamen Sie mit ihr? — Waren Sie schon einmal unglücklich verlobt? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, warum haben Sie dem Mädchen nicht gefallen? — Pflegen Sie fremde Ehen zu brechen? Welche und wie oft im Jahr? — Leben Sie ihm Konkubinats? Wenn ja, wie können Sie sich das erlauben? Wenn nein, wie können Sie das bezahlen? — Sind Sie bereit eine Germanin zu minnen, die wir Ihnen aussuchen? — Wenn ja, sind Sie ein charakterloser Trottel! Wenn nein, kommen Sie ins Konzentrationslager! (Nichtgewünschtes zu durchstreichen.)

Lernen — Nebensache

Aus einem Bericht des „Völkischen Beobachter“ über die Einweihung der Staatlichen Bildungsanstalt in Spandau:

„Wehr- und Führertum, Rasse und Religiosität sind die geistigen Fundamente der neuen deutschen Schule.“

Erst die Flinte — dann das ABC, erst die Großmutter — dann die Moral.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Zahnarzt Zahnarzt
S. APATCHEWSKY
Erstklassige Ausführung — Spricht deutsch und englisch
24. Av. Friedeland
Paris (8e)
Fernsprecher: Carnot
38-13 — Métro: Étoile

Erstklassige Ausführung
Sprechstunde nachmittags
Spricht deutsch
36, rue Doudeauville
Paris (18e)
Métro (Untergrundbahn):
Château-Rouge

Wir Jungen wollen diskutieren

Unsere Aufgaben

Der Autor ist ein Wortführer der in Deutschland kämpfenden jungen Generation. Red. „N. V.“

Genossen, das erste halbe Jahr des verschärften Terrors liegt hinter uns. Wir haben es gemeinsam durchschritten trotz Verfolgung und Todesdrohung. Was uns aber am schwersten zu ertragen fiel, das war die geistige Friedhofsruhe, die über diesem Lande liegt. Keiner von uns kann mehr aufstehen, um zu den anderen zu sprechen über seine Auffassung und seine Ueberzeugung. Wir müssen versuchen, uns so zu verständigen. Denn wir müssen uns klar werden über unsere Aufgaben.

Welches sind unsere Aufgaben? Unsere erste Aufgabe, werdet ihr antworten, ist Selbstkritik. Jawohl, Selbstkritik tut uns bitter not. Aber sie muß auch bei uns selbst anfangen. Seien wir vor uns selber ehrlich und messen wir uns selbst mit unseren neuen Maßstäben, ehe wir sie an andere anlegen. Wie war es doch mit uns in den letzten Jahren, mit unserem Leben, das uns heute schon Jahrzehnte zurückzuliegen scheint?

Wir haben Funktionen gehabt, große und kleine, wir haben Parteiämter gehabt, haben in Wahlkämpfen und in harten Auseinandersetzungen mit dem Gegner gestanden, wir haben agitiert und geworben, wir haben in der Gemeinde, im Kreis, in der Provinz, in Land und Reich sachliche Arbeit geleistet. Und wir haben im Grunde kein anderes Leben gehabt als für die Partei, für die Bewegung, für die Idee. Aber war die Idee in uns stark genug, um all unser Tun und Lassen zu durchdringen?

Ist nicht der Wille zum sozialistischen Ganzen unter der Last der täglichen Kleinarbeit verschüttet worden? Waren wir nicht oft nur fleißige Kärner, wo wir hätten fanatisch Besessene sein sollen? Haben die älteren uns den Sozialismus noch so nahe bringen können, wie sie einst selbst ihn erlebt haben? Und wir jüngeren, haben wir nicht selbst oft mahnende Fragen beiseite geschoben und uns in den Kampf um den Tageserfolg gestürzt, damit wir dem größeren Kampf um den Sieg der Idee ausweichen konnten? Der Sieg dieser Idee, war er uns nicht schon zur Formel geworden und in immer weitere nebelhafte Ferne entrückt?

Heute erkennen wir unsere Fehler von gestern, aber diese Selbstkritik hat nur Sinn, wenn sie den Willen zum Bessermachen weckt. Vertagen wir das Bessermachen nicht, bis wir „drankommen“. Wir kommen nur dran, wenn wir schon heute damit anfangen. Wie bequem ist doch das Schimpfen auf die alten Führer — trachten wir lieber darnach, jeder ein Führer im Kleinen zu werden. Nur wenn wir Mann für Mann uns verantwortlich fühlen, den Sozialismus als unsere Aufgabe sehen, als eine Aufgabe, die Tag für Tag an uns herantritt und von uns gelöst werden muß — nur dann kann uns einmal der sozialistische Aufbau gelingen. Solche Selbstkritik ist unsere erste Aufgabe.

Unsere zweite Aufgabe ist, uns von unseren Illusionen zu befreien. Noch sind viele unter uns, die leben von ihren Illusionen, sie brauchen sie, weil sie nicht die Kraft haben, der unverhüllten Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Und sie nennen diejenigen, die es doch tun Miesmacher. Es ist bitter, und erwirbt keine Freundschaft, wenn wir ihnen ihre Illusionen rauben. Dennoch müssen wir es tun. Besser, wir zerstören unsere Illusionen, als die Illusionen zerstören uns.

Eine der größten Illusionen ist es, zu glauben, es komme jetzt nur darauf an, „radikal“ zu sein. Noch sind viele unter uns, die ich Stimmungsradikale nennen möchte. Sie waren früher brave Parteibürger, aber dann hat es ihnen einen großen Ruck gegeben und nun stehen sie auf einmal „ganz wo anders“. Sie haben mit beneidenswerter Fixigkeit einen neuen „Standpunkt“ gewonnen, aber sie haben keine andere Begründung dafür als die, daß er eben ein ganz anderer ist als ihr bisheriger. — Und wenn alles gut geht,

werden sie in 20 Jahren genau solche „Bonzen“ sein, wie die es waren, auf die sie heute so verächtlich herabsehen!

Einer anderen Illusion laufen die nach, die alles Heil vom Ausland erwarten. Gewiß, eine Zeit lang sah es so aus, als ob das Ausland gegen Hitler Front machen wolle.

Aber es scheint, daß das Blatt der Außenpolitik sich zugunsten Hitlers wendet. Es hat keinen Sinn, den Kopf davor in den Sand zu stecken. Vielleicht wird Hitler mit seinem außenpolitischen Vabanque-Spiel Erfolg haben oder wenigstens keine Niederlage dabei erleiden. Die anderen Völker sind im Begriff, ihm seine außenpolitischen Legalitätsschwüre ebenso zu glauben, wie das deutsche ihm seine innenpolitischen geglaubt hat. Das bedeutet, daß sein Terrorregiment sich noch für einige Zeit festigen, das dann aber um so sicherer der Krieg ausbrechen wird.

Aber hoffen wir nicht auf den Krieg als das Ende unserer Leiden und den Anfang für den sozialistischen Aufstieg. Der Krieg kann uns aller erwürgen, Deutschland für Jahrhunderte in Stücke reißen und ganz Europa zerstampfen. Aber er kann nicht das deutsche Volk zur Vernunft bringen. Diese Vernunft muß geboren werden in schweren inneren Kämpfen und nur wir, nicht der Krieg, können ihre Geburtshelfer sein. Das Volk ist krank und der Krieg wird es nur noch kränker machen. Nur von einer tiefen inneren Krise kann der Gesundheitsprozeß seinen Ausgang nehmen.

Kommt aber der Krieg doch, dann wollen wir innerlich auf den Tag gerüstet sein, an dem er die Herrschaft Hitlers unter sich begräbt. Niemals wird der Sozialismus aus den Trümmern des

faschistischen Staates wachsen — wenn wir ihn nicht aufbauen! Hitlers Despotie gleicht in manchem der Diktatur Napoleons III. in Frankreich. Auch diese Diktatur hat mit einem Kriege geendet. Und als der Krieg verloren war, da errichteten die Arbeiter von Paris die Kommune. Aber ihr Werk, von großem Willen getragen, mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt, endete mit einer furchtbaren Niederlage. Das Schicksal des Sozialismus in Deutschland ist in unsere Hand gegeben. Sorgen wir dafür, daß er nach dem Sturze Hitlers nicht das Ende der Pariser Kommune nehme.

Und noch eine Illusion haben wir zu zerstören: als ob Macht und Gewalt allein genügen, um das Reich der Freiheit und des Sozialismus zu errichten. Ohne Macht und ohne Gewalt geht es freilich nicht. Nur durch die Gewalt wird die Gewalt überwunden werden und nur mit dem Einsatz aller Macht werden wir dann den neuen Zustand sichern und eine Wiederholung der Tragödie von 1918 verhindern können. Aber bedenkt folgendes: Wir werden erst in die Lage kommen, Gewalt und Macht in diesem Sinne zu gebrauchen, wenn die Mehrheit des Volkes innerlich auf unserer Seite steht, und nur, wenn sie auch nach unserer Machtergreifung zu uns hält, kann uns das Werk des sozialistischen Aufbaues gelingen. Wer aber glaubt, daß wir die Mehrheit des Volkes für uns gewinnen könnten, wenn wir nur Gewalt gegen Gewalt zu setzen haben? — Von solchen Illusionen uns frei zu machen, ist unsere zweite Aufgabe.

Unsere dritte Aufgabe aber ist, zu erkennen, daß erst die Kraft der Idee die wirkliche Bürgschaft für Sieg und Be-

stand des Sozialismus ist. Alle großen Kämpfe um die gesellschaftliche Entwicklung sind geistige Kämpfe. Eine Zeit lang kann die Gewalt den überlegenen Geist knebeln. Zuletzt schüttelt er sie doch ab. Eine Zeit lang kann die Despotie das Denken verbieten, schließlich bricht es sich doch Bahn, unterhöhlt den Bau der Diktatur und macht ihn reif für den Sturz durch die revolutionäre Gewalt. Die überlegene Idee muß siegen.

Und wieder müssen wir uns ehrlich Rechenschaft ablegen über das, was ist: Unsere Idee hat einen furchtbaren Zusammenbruch erlitten, nicht nur die Apparate. Wir waren schon vor dem 20. Juli 1932 eine geschlagene Partei, weil unsere Idee nicht mehr die Kraft hatte, den Ansturm der Gegner zu brechen und die in Bewegung geratenen Massen der Mittelschichten für uns zu gewinnen.

Die Idee ist zusammengebrochen — wir müssen sie wieder aufrichten. Was ist Sozialismus? Wenn wir unsere Idee zum Siege führen wollen, müssen wir erst in uns selbst ein klares Bild sozialistischen Willens tragen! Wenn der Sozialismus auch die Schichten erfassen soll, die aus Not und Verzweiflung dem Faschismus in die Arme gelaufen sind, müssen wir ihnen den Sozialismus als eine Gesellschaftsordnung zeigen, die allein ihnen die Erfüllung ihrer „antikapitalistischen Sehnsucht“ bringen kann. Wiedergeburt des Sozialismus — dazu bedarf es, daß wir selbst erst einmal den Sozialismus in uns neu erleben, daß wir um seinen geistigen Gehalt ringen, seine Möglichkeiten und seine Grenzen erkennen, sein Wesen erfassen. Wir Jungen wollen wieder diskutieren, wie die älteren früher diskutiert haben, lange vor unserer Zeit und wir wollen sehen, ob wir dabei nicht einen Schritt weiter kommen als sie, ob wir zum alten sozialistischen Gedankengut unsere bitter erworbenen Erfahrungen hinzufügen können. Dazu brauchen wir eine Grundlage. Die alten Programme sind überholt, die bisherigen Bemühungen, eine neue Plattform zu schaffen, sind noch unvollkommen. Konzentrieren wir unsere geistigen Kräfte auf die Schaffung einer solchen Plattform — das ist unsere dritte Aufgabe.

Anders geartet ist unsere vierte Aufgabe: die dauernde Vervollkommnung unserer organisatorischen Arbeit. Organisation darf nicht Selbstzweck sein — das ist auch eine Frucht der Selbstkritik! Sondern sie muß der Zusammenhalt politischer Menschen und die Basis politischer Arbeit sein. Was aber ist Politik? Politik machen heißt nicht Betrieb machen, sondern heißt etwas durchsetzen. Und wenn wir uns diesen Sinn des Wortes Politik immer vor Augen halten, dann werden wir uns immer wieder von neuem fragen: was wollen wir und wie setzen wir durch, was wir wollen? Auf diese Fragen in ständiger gegenseitiger Schulung ständig bessere und reifere Antworten zu geben, das muß ein wesentlicher Inhalt unserer organisatorischen Arbeit sein. Nur so bilden wir die festen Organisationskerne, die geistigen und politischen Keimzellen, aus denen die sozialistische Idee und das sozialistische Wollen neu und stark emporwachsen können. Wir müssen das Denken organisieren, gerade weil es der Faschismus unterdrücken will.

Erziehung zum Denken, Erziehung zum Handeln, Erziehung zur Verantwortung — diese dreifache Erziehungsaufgabe ist uns gestellt. Noch ist der Zeitpunkt zum Handeln nicht gekommen, aber bereiten wir uns darauf vor. Beobachten wir den Gegner und erkunden wir seine Schwächen. Werden wir uns klar darüber, daß es darauf ankommt, in seine Reihen einen Keil zu treiben, und das widernatürliche Bündnis zwischen Bauerntum und Großgrundbesitz, zwischen Mittelstand und Schwerindustrie zu sprengen. Sammeln wir die Gegner der Tyrannei unter unseren Parolen und beweisen wir den anderen Widerstandsgruppen, daß uns kraft unserer geistigen und organisatorischen Ueberlegenheit die Führung gehört. Aber seien wir uns bei all

Größe

I.

Lorbeerkränze schmücken deine Wände,
und dein Name lebt in aller Munde;
Ehren auf den Scheitel, Gold in deine Hände!
Auch der Arme pries dich — bis zu dieser Stunde.
Ja, in seiner Hut, in seinem Schoß
wuchsen dir, Gefeierte, die Schwingen.
Und du liebest seine Seele klingen . . .
Bis zu dieser Stunde warst du groß.
Bis zu dieser Stunde, da Gewalt
ihn mit Füßen trat und all sein Recht,
bis zu dieser Stunde, da es galt,
zu bekennen: Freier oder Knecht?
Und die Menschheit wartete ringsum
auf dein Wort, das oft sie hingerissen.
Flammte nicht empor dein Weltgewissen? . . .
Ach, du machtest deinen Buckel krumm
und bliebst stumm.

II.

Durch die Gassen in verschwegener Nacht
wandert einer, der am Tage wirkte,
einer, dem die Zeit die Seele stärkte.
An die armen Türen klopf er sacht:
Bruder, hier, lies das! Den Mut empor!
Nieder mit den Henkern und Tyrannen!
Morgen treffen wir uns vor dem Tor:
Kampfberatung unter den drei Tannen.
Freiheit! . . . Freudig weht der alte Gruß
in das Schneegestöber: Ja, wir sind!
Weiter, weiter auf beschwingtem Fuß.
Durch die dünne Jacke beißt der Wind.
Freiheit! Wie die jungen Augen lohen!
Um die trotzig Schläfen spielt das Haar.
Zuchthaus, Folter, Dolch und Galgen drohen.
Freiheit, Freiheit! Was ist denn Gefahr?
Nackten hoch und weiter auf der Reise.
Fährt aus finsterner Ecke nicht die Faust?
Freiheit! Freiheit! . . . Und der Schneesturm braust . . .
An die armen Türen pocht es leise.

III.

Großer Dichter — nein, du bist nicht groß.
Kleiner Werkmann — nein, du bist nicht klein.
Einst wirst du, der arm und namenlos,
größer als der größte Name sein!

Peter Labor.

unserem Tun bewußt: Die einfache Soldaten der Bewegung von heute werden die Offiziere der Revolution von morgen sein — das sei unsere Ehre, das sei unsere Verantwortung!

Noch müssen wir es erst lernen, zu der Größe unserer Aufgabe aufzublicken, ohne zu erschrecken. Wahrlich, diese Aufgabe ist ungeheuer: Ein ganzes Volk aus den Fesseln einer Despotie zu befreien, aus der Dumpfheit einer enttäuschten Sehnsucht zu Erkenntnis seiner Ziele emporzureißen, aus dem nationalistischen Irrwahn zu einem selbstbewußten, aber disziplinierten Glied der Völkerfamilie zu machen, aus der Kulturschande des Nationalsozialismus auf die freie Höhe sozialistischer Kulturgemeinschaft zu heben, aus der Knebelung des Geistes und des Willens zur verantwortungsbewußten Freiheit sozialistischer Gesellschaftsträger zu führen — dies ist unsere gigantische Aufgabe.

Niemand kann sagen, wie lange der Kampf dauern und welche Formen er noch annehmen wird. Es kann ein langwieriger Kleinkrieg werden, aber plötzlich kann auch eine Lage entstehen, die dem Entscheidungskampf günstig ist. Bereiten wir uns auf beides vor! Am meisten aber üben wir uns in Geduld, in Zähigkeit und in Ausdauer. Die schwerste Zeit der Prüfung kommt vielleicht noch, wenn Jahr um Jahr vergeht, ohne daß die Befreiungsstunde schlägt — niemand kann es wissen. Aber mancher schon ist jahrelanger seelischer Bedrückung und der suggestiven Gewalt der allgegenwärtigen und allumfassenden Propaganda erlegen, der brutaler Mißhandlung standgehalten hat.

Genossen, dies sind unsere Aufgaben. Groß und fordernd stehen sie vor uns. Seien wir stark nicht nur im Hassen, sondern auch im Glauben, nicht nur in der Selbstkritik, sondern auch im Selbstvertrauen.

Einsame sind wir, aber schon verbindet uns unser Glaube zu einem unsichtbaren Heer. Geächtete und Verfeimte sind wir, aber uns trägt das Bewußtsein einer besseren Welt. Noch ist dicke Nacht um uns, in unseren Herzen aber leuchtet das Licht eines neuen Tages.

Judentum wirkt strafverschärfend

Die dem Reichsjustizminister Dr. Frank sehr nahestehende „Juristische Wochenschrift“ fordert unter der Überschrift „Juden im Strafrecht“, daß im deutschen Strafrecht die Juden mit anderem Maße gemessen werden sollen als die Arier, da die Juden zweimal so viel Verbrechen begehen wie die Arier. Die Strafe für jüdische Verbrechen müsse härter sein als die für nichtjüdische.

Für die Wahrheit! Der „Neue Vorwärts“ und seine Leser

Wir haben am 26. November den anonymen Brief eines nationalsozialistischen Schimpfhelden veröffentlicht, weil er besonders gut die den Nationalsozialisten eigene Geisteshaltung zeigte. Als Antwort auf diesen Brief veröffentlichten wir das folgende Schreiben, das uns aus London zugegangen ist:

Ich als Engländer, der nicht perieret die deutsche Sprache beherrscht, doch Ihre Zeitung regelmäßig liest, weil es eine Notwendigkeit ist zu wissen, was in Deutschland jetzt vorgeht, möchte Sie bitten, diesen Brief, genau wie Sie den Brief in Ihrer Ausgabe vom 26. November unter der Überschrift „Blick in die Naziseele“ veröffentlicht haben, zu veröffentlichen.

Ich lese Ihre Zeitung und Tausende in England lesen Ihre Zeitung, und sind Ihnen dankbar dafür, daß Sie so schreiben, wie Sie es tun.

Der Einsender, der sich unterzeichnet „Einer für Alle“ muß doch ein Lump sein (ich gebrauche seine Sprache) wenn er so schreibt. Er soll doch einmal seine eigene Kultur-Zeitung den „Stürmer“ lesen, die in Nürnberg von den Geisteskranken Julius Streicher herausgegeben wird, dann wird er sehen, ob „solcher Dreck“ wie er so schön schreibt, nicht bei den Nazis in Nürnberg „angeboren“ ist. Natürlich glauben wir die „faustdicken Lügen Ihrer Zeitung“, wie er so klug schreibt, jeder anständige Mensch auf Erde glaubt, was Sie schreiben, weil es wahr ist, aber ich will den Einsender versichern, daß kein Mensch im Ausland die „faustdicken Lügen“ des „Völkischen Beobachters“ oder irgend eines anderen Lügenblattes des armen Dritten Reichs glaubt. Darüber sind wir uns klar, das soll er wissen.

Wir Engländer, die wir im Leben nur „Fair Play“ (wenn der Einsender das verstehen kann mit seinem Hühnergehirn) verteidigen, wir wollen wissen warum, wenn die Nazi-Regierung in Deutschland heute so beliebt ist und bevorzugt wird, warum sie nicht gestattet, daß z. B. eine sozialdemokratische Zeitung dort herausgegeben wird; warum die Wahrheit dort bestraft wird; warum Deutschland plötzlich Propaganda-Agenten ins Ausland beschickt, was nie der Fall war; warum die braunen Hemden es überhaupt notwendig haben, einen solchen Brief an den „Neuen Vorwärts“ zu schreiben, wenn sie nicht wüßten, daß Sie, der „Neue Vorwärts“ eine wahre Gefahr für das Dritte Reich sind.

Es dauert nicht mehr lange, wir im Ausland wollen das Nazi-Deutschland nicht verstehen, werden es nie verstehen, denn wir haben kein Verständnis für Mörder und Räuber und Rassen-Idioten.

Bei uns und in der ganzen Welt ist ein Mensch ein Mensch, sei er schwarz, oder was anderes, wir verdammen keine Rasse en gros — wir verdammen keine Partei, weil es eine Opposition ist, wir kämpfen „with fair

weapons“ (mit feinen Waffen) und wir wollen mit dem deutschen Volke wieder befreundet werden, aber so lange die Nazi-Regierung diktiert, wird es nie möglich sein.

Der Einsender „Einer für Alle“ ist bestimmt erst seit einigen Wochen oder höchstens Monaten ein Nazi geworden. Wir Engländer haben viel mehr Respekt für Menschen, die wegen ihrer Ueberzeugung im Ausland bitter zu kämpfen haben, die keinen Schutz weder Unterstützung auf Kosten eines Eintopfergerichtes haben, die Kämpfer geblieben sind und nicht vor Angst zu den Nazis schnell hinübergegangen sind, um ihre Stellung zu erhalten oder sonstige Vorzugsposten zu bekommen.

Der „Neue Vorwärts“ soll lange leben und sich immer mehr verbreiten. Nur im „Neuen Vorwärts“ liest man die Wahrheit über Deutschland — die Reaktion kommt jetzt — der Ausgang wird plötzlich kommen und die Wahrheit wird siegen.

Veröffentlichen Sie diesen Brief bitte, die Nazi-Diktateure sollen es wissen, daß in England Ihre Zeitung überall in ungeheurer Anzahl verbreitet wird, und entgegen der Meinung des Einsenders „Einer für alle“ — jeder, der Ihre Zeitung liest, glaubt jedes Wort und nicht was die Nazi uns überzeugen wollen.

Kein Kommunist, kein Jude, sondern
a conservative Englishman!

Das ist ihr Staat!



Dieses Bild veröffentlicht die in München erscheinende gleichgeschaltete Wochenschrift „Süddeutsche Sonntagspost“ mit dem Text:

Der nationalsozialistische Staat wird, um die Sicherheit jedes deutschen Volksgenossen zu gewährleisten, künftig gefährliche Gewohnheitsverbrecher so lange hinter Schloß und Riegel halten, bis sie sich wirklich bekehrt haben.

Daß der nationalsozialistische Staat hier endlich einmal als Gefängniswärter dargestellt wird ist immerhin verdienstvoll und sollte dem Blatt eigentlich ein Verbot eintragen — Zucht-Haus zur Rechten, Zwangs-Anstalt zur Linken und dazwischen der Staat — Monument von unserer Zeiten Schande!



Hitlers Astrologen

2 x offiziell

Der Reichsverband Deutscher Astrologen gibt in seinem Sternguckerblatt bekannt:

Am Sonntag, dem 25. November, abends 8 Uhr, findet eine große Aufklärungsverammlung des Reichsverbandes (Berlin W, Bülowstraße 75) über astrologische Fragen statt, dem eine Ausstellung astrologischer Literatur, interessanter Horoskope, Bilder und Hilfsmaterial um 4 Uhr nachmittags vorangeht.

Während der Ausstellung konzertiert eine SA-Kapelle.

Am 8. September sprach im Mitteldeutschen Rundfunk der Kriminalkommissar a. D. Pelz, Berlin, über Hellscheerei und Sternguckerei, putzte die Zukunftsdeuter gewaltig herunter, und behauptete — die Marxisten seien es gewesen, die solchen Volksverführern und Volksausbeutern die Stange gehalten hätten. Die „Marxisten“, die an allem schuld sind, auch am Hagelschlag und an Göbbels' krummer Nase, brachen sich nicht zu verteidigen: sie haben gegen den schwarzkünstlichen Unfug von jeder Front gemacht. Wie aber stehts mit der SA-Kapelle, die den Sternguckern eigenhändig aufspielt? Die SA ist unsres Wissens eine genau so offizielle Einrichtung wie der deutsche Rundfunk. Wo sitzen nun eigentlich die „Volksbetrüger und Volksausbeuter“ — im „Reichsverband deutscher Astrologen“ oder in der Führung der SA, die ihre Mannen zum Sterngucken abkommandiert?

Einstweilen aber — trotz Pelz! — bleibt es dabei: Deutschland ist ein Land, in dem der Marxismus verboten und die Astrologie erlaubt ist.

Fahrraddiebe an der Arbeit

Der „Reichsanzeiger“ vom 3. November veröffentlicht schon wieder eine Liste von 21 Personen, denen ihre Kralträder gestohlen worden sind. Die Diebe entziehen sich bis auf weiteres der verdienten Strafe — indem sie „regieren“.

Neue Verdienstmöglichkeiten!

Die Polizeiverwaltung von Zittau teilt mit, daß in der Stadt „staatsfeindliche“ Flugschriften verbreitet worden seien, und fügt hinzu: „Wer Angaben zur Ermittlung der Täter machen kann, wird ersucht, sich in der Polizeiwache zu melden. Strengste Verschwiegenheit und eine angemessene Belohnung wird zugesichert.“

Hitler schallt Brot!

Kein Grab für Dissidenten!

Nach einem Beschluß des Presbyteriums der evangelischen Gemeinde Ohligs dürfen auf dem evangelischen Friedhof in Ohligs keine Beerdigungen von Dissidenten vorgenommen werden. Dissidenten können auch keine Grabstellen mehr erwerben.

Neudeutsche Devise: „Mein Nutz geht vor dein Nutz!“

Jugendrichter und Folterknecht

Voruntersuchung 1932

aus dem Gedächtnis singetru unter Fortlassung von Einzelheiten wiedergegeben. Aberhundert Fälle vers liefern so und ähnlich.

Im Zimmer des Jugendrichters, ein Schreibtisch seitlich ein Stuhl für den Angeschuldigten, daneben ein Tisch mit heller Decke und sterngefüllter Blumenvase.

Jugendrichter vor einem Aktenbündel. Der Protokollant führt einen 18jährigen Burschen herein, blonder Schopf, trotzig verkniffene Lippen, Hakenkreuz am Rockenaufschlag.

Richter (die Akten beiseiteschiebend): Na, Henze, wollen Sie nicht die Mütze abnehmen?

Henze (zieht langsam die Mütze herunter).

Richter: Kommen Sie, setzen Sie sich mal da auf den Stuhl! Sie sind ja nicht das erstemal hier, aber (lauter) hoffentlich das letztmal Henze! So geht das mit Ihnen nicht weiter. (Blättert in einem Aktenstück, das der Protokollant vor ihm niedergelegt hat). Also wir war das damals? Sie trafen sich mit Ihren Freunden bei Knaus. Wissen Sie, daß dieses Lokal recht verrufen ist?

Henze: Ich habe das damals nicht gewußt.

Richter: Aber jetzt wissen Sie's?

Henze: Ja ich geh ja auch nicht mehr hin.

Richter: Das will ich hoffen. (Liest in den Akten). Die Fürsorgergesellschaft, daß Sie sich jetzt überhaupt von der Gesellschaft

in die Sie geraten waren, fernhalten. Stimmt das?

Henze (im Dienstton): Jawohl!

Richter (auf das Hakenkreuz zeigend): Aber in der Hitlerjugend sind Sie noch?

Henze (wie vorher): Jawohl!

Richter: Na ja, das ist ja Ihre Sache. Also bei Knaus faßten Sie den Plan, die bewußten Zettel an die Hauswände der Schülerstraße zu kleben?

Henze: Ja, die andern sagten, da wäre nichts dabei, Zettel kleben doch alle.

Richter: Sie wußten, daß auf den Klebezetteln schwere Beschimpfungen des Staates und der Reichsfarben standen?

Henze: Jawohl!

Richter: Sie wußten auch, daß solche Beschimpfungen strafbar sind?

Henze: Das wußte ich damals nicht.

Richter (zum Protokollanten gewandt): Haben Sie das?

Protokollant: Ja!

Richter: Na was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, daß Sie da mitliefen und die Hauswände beplastereten?

Henze: Ich habe mir gedacht, die roten Bonzen in der Schülerstraße...

Richter (scharf): Das gehört nicht hierher. Geschimpft wird hier überhaupt nicht, verstanden?

Henze (Hacken zusammenschlagend): Jawohl!

Richter: Henze, überlegen Sie sich das mal. Das war doch eine rechte Dummheit von Ihnen, nicht? Sie sind doch ein erwachsener Mensch, Sie hätten doch wissen müssen,

daß Sie sich selbst und Ihrem Vater wiederum Unannehmlichkeiten machen würden. Können Sie sich denn nicht endlich zusammenehmen?

Henze: Ja, jetzt denke ich auch, es war eine Dummheit, aber damals bin ich eben mitgegangen. Ich habe mir nichts dabei gedacht.

Richter (zum Protokollanten): Haben Sie das? (zu Henze) Sie meinen, das war nur ein Dummerjungenstreich, und weil die andern es halt machten, wollten Sie nicht zurückstehen?

Henze: Die hätten mich sonst ausgelacht.

Richter: Na ja, Henze, wenigstens geben Sie alles offen zu. Aber freilich — wenn Anklage erhoben wird...

Henze (leiert den auswendig gelernten Satz): Ich verspreche, mich zu bessern.

Richter: Das haben Sie schon mehr als einmal versprochen. Wenn Sie diesmal noch milde davonkommen — Sie haben eine Lehrstelle, ich will Sie da nicht gerne rausreißen — (mit erhobener Stimme) Das nächste Mal setzt es Strafe, verstanden?

Henze: Jawohl!

(Protokollant verliest das Protokoll, der Jugendliche unterschreibt und verläßt dann das Zimmer.)

Richter (halb laut aus dem Protokoll ablesend): Wußte ich damals nicht... Jetzt denke ich, es war eine Dummheit... hätten mich ausgelacht... Immer dasselbe! Schrecklich, diese Politisierung der Jugend! (Schreibt in die Akten.)

An der Einsichtsfähigkeit Henzes ist zu

zweifeln. Es kann ihm geglaubt werden, daß er die Tat in jugendlichem Geltungstrieb und Uebermut beging, ohne sich über die Tragweite klar zu sein.

Die Staatsanwaltschaft verzichtete auf die Anklage, dem Jugendlichen wurde „eine ernste Verwarnung erteilt.“

... und 1933.

In Dresden wurden 91 SAP-Mitglieder wegen illegaler Propagandarbeit in Haft genommen. Unter den Verhafteten befanden sich zahlreiche Jugendliche. Beim Verhör, das in der Dresdner SA-Kaserne, dem ehemaligen Volkshaus stattfand, wurden die jungen Arbeiterburschen und -mädchen — genau wie ihre älteren Leidensgefährten — auf unmenschlichste mißhandelt. Vernehmung begann damit, daß der Kommissär sein Opfer zunächst einmal brutal anschrte und beschimpfte. Neben dem Jugendlichen, der verhört wurde, stand ein SA-Mann. Fiel die Antwort nicht nach Wunsch aus, wurde das Geständnis verweigert, so versetzte der baumlange, starke Kerl dem Angeschuldigten einen Faustschlag ins Gesicht, daß der Kopf gegen eine danebenstehende Betonsäule schlug. Zitternd und benommen wagte ein Teil der mißhandelten jungen Menschen kaum noch zu sprechen. Bließ das Geständnis auch nach dieser „ersten Ermahnung“ aus, so ging der Peiniger zu Schlägen mit dem Gummiknüppel und Fußtritt über, bis der Gefolterte am Ende alles aussagte, was man von ihm hören wollte. Häufig wurden Mitgefängene hereingeholt und zu Zeugen der schändlichen Mißhandlungen ge-

Geißlerhut, Schandpfahl, Folterkammern, gefesselte Leichen

Unter dem Terror

Der erzwungene Hitlergruß. Ein Angestellter eines industriellen Werkes in Köln-Deutz grüßte seine Kollegen mit dem Gruß: „Guten Tag!“ Die Nationalsozialisten im Werk forderten von ihm den Hitlergruß. Der Angestellte verweigerte ihm, er wurde deshalb fristlos entlassen. Er klagte vor dem Arbeitsgericht. Der Vertreter der beklagten Firma wandte gegen die Klage ein: „Wer sich bewußt außerhalb der Volksgemeinschaft stelle, könne nicht verlangen, von ihr ernährt zu werden.“ Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an, die Klage des Entlassenen wurde abgewiesen. Wer nicht Nationalsozialist ist, oder nationalsozialistische Gesinnung heuchelt, hat im Dritten Reich kein Lebensrecht!

„Ich kann mich nicht begeistern!“ Der „Burgstädter Anzeiger“ berichtet: Sämtliche Arbeiter des Baues auf dem ehemaligen Webergebäude hatten sich am Freitag an der Arbeitsstätte versammelt, um der Rede des Führers zu lauschen. Beim Singen des Horst-Wessel-Liedes stand ein Arbeiter nicht mit auf. Als man ihn nach dem Grund fragte, sagte er: „Ich kann mich für diese Idee nicht begeistern und mich kann niemand davon überzeugen!“ Er wurde festgenommen und in das Konzentrationslager nach Colditz übergeführt.

Der Schandpfahl. In dem Dorf Dreißighuben bei Reichenbach im Eulengebirge wurde auf dem Platz vor der katholischen Schule ein Schandpfahl errichtet. An ihn sollen alle Vaterlandsverräter und Saboteure des nationalen Wiederaufbaues gebrandmarkt werden.

Jagd auf katholische Priester. Der katholische Priester Brodessa wurde vom Dortmunder Sondergericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte verrohten großmütigen Hitlerjungen einige Wahrheiten gesagt. Der katholische Pfarrer Stender aus Nordhausen wurde zu einem Monat Festungshaft verurteilt. Seine Predigt war nicht genügend gleichgeschaltet gewesen. Drei katholische Geistliche in München wurden wegen „Verbreitung von deutschfeindlichen“ Greuelnachrichten verhaftet. Man ahnt, daß sie das Konzentrationslager Dachau nicht restlos gelobt haben.

Sie wollten Christen bleiben. Gegen die beiden Pastoren Voigt in Finkenkrug bei Berlin und Ohse in Boitzenburg in Mecklenburg sind Verfahren mit dem Ziel der Entlassung vom Amt eingeleitet worden. Die beiden Pastoren wollten Christen bleiben. — Das war ihr Verbrechen.

Keine persönliche Bereicherung? In einer Kundgebung des deutschen Metallarbeiterverbandes Wiesbaden sprach der nationalsozialistische Verbandsbezirksleiter: „Es darf keine persönliche Bereicherung ge-

ben, solange es noch einem deutschen Volksgenossen schlecht geht.“ Bei Hindenburg, der ein Rittergut in Ostpreußen geschenkt erhalten hat, bei Göring, der sich mit einem Gut in Bayern bereicherte, und bei Kube, dem ebenfalls ein Landgut auf Kosten der Allgemeinheit geschenkt wurde, ist das selbstverständlich eine ganz andere Sache. Persönliche Bereicherung liegt nur dann vor, wenn Arbeiter höhere Löhne verlangen.

Professoren. — stramm stehen! Die Studentenschaft der Universität Breslau wendet sich gegen Professor Eugen Rosenstock, der zu Gastvorlesungen an die Harvard-Universität in Cambridge in den Vereinigten Staaten eingeladen worden ist. Professor Rosenstock ist der Verfasser des Buches: „Europäische Revolutionen“. Die nationalsozialistischen Studenten erklären, daß sie Rosenstock ablehnen. Abgesehen von seinen wissenschaftlichen

Qualitäten, sei Professor Rosenstock durch seine politische Vergangenheit für die nationalsozialistischen Studenten unbrauchbar geworden. Er erscheine deshalb nicht geeignet, Deutschland im Ausland zu vertreten. Der Professor der Rechte in Marburg, Manigk, hatte in seinen Vorlesungen Äußerungen gebraucht, die den nationalsozialistischen Studenten nicht gefielen. Die Studenten veranstalteten mit dem Professor im Kolleg ein regelrechtes Verhör und da ihnen seine Antworten nicht gefielen, verließen sie das Kolleg. Sie demonstrierten auf dem Marktplatz und vor der Wohnung des Professors und verlangten seine Entfernung von der Universität. Der Standartenführer der SA in Marburg unterstützte beim Rektor der Universität diese Forderung.

Der Kapp-Orden. Dem Fahrsteiger Karl Hoffmann in Essen wurde das Schlagetterschild mit Schwertern verliehen. Hoffmann hatte in den Jahren 1919 bis 1923 dem Essener Selbst-

schutz angehört und hat im Kapp-Putsch an der Seite der Kappisten gekämpft. Dem Verdienste die Krone!

Ihre Spitzel. Der Schweizer Bundesrat hat den deutschen Staatsangehörigen Josef Schlenker von Tingen (Baden) aus der Schweiz ausgewiesen. Er war im Auftrag der Geheimen Staatspolizei wiederholt zu Spitzelzwecken in die Schweiz gekommen. Er sollte dort Verbindungsstellen zur deutschen Geheimen Staatspolizei organisieren.

Die Judenschnüffelei. In den „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ Nr. 270 befindet sich folgende Erklärung: „In eigener Sache! Von interessierter Seite wird das Gerücht verbreitet, die Inhaber unserer Firma seien jüdischer Abstammung. Um dieser irrigen Auffassung ein für allemal entgegenzutreten, veröffentlichen wir folgende Tatsachen. Das Haus Scholvin ist kein jüdisches Unternehmen. Der eine Teilhaber der Firma ist seit Jahrzehnten in Chemnitz als selbständiger Kaufmann tätig und ansässig. Er kann seine christliche Abstammung bis in das 15. Jahrhundert nachweisen. Der andere Teilhaber entstammt einer alteingesessenen christlichen Dresdner Bürgerfamilie. Die Geschäftsleitung der Firma, sowie das gesamte Personal sind deutsch. Die Firma Scholvin kann für sich das Recht in Anspruch nehmen, auf nationalem und christlichem Boden zu stehen. Scholvin & Co., G. m. b. H., deutsch-christliches Modenhaus, Chemnitz, Königsstraße, Ecke Brückenstraße, im November 1933.“

Der Hetze erlegen. Der Direktor der Bielefelder gewerblichen Berufsschule, Brinkmann, hat sich mit Frau und Kind mit Leuchtgas vergiftet. Er ist der Hetze seiner nationalsozialistischen Kollegen erlegen, die ihn mit niedrigen Verdächtigungen und Korruptionsbeschuldigungen bekämpften.

Auf der Flucht erschossen. Das Wolff-Büro meldet aus Essen: „Der aus der Zeit des kommunistischen Aufstandes im Jahre 1920 berüchtigte kommunistische Führer der „Roten Armee“ und Polizeibeamtenmörder, der Bergmann Theodor Ebers aus Essen, wurde am Freitag auf der Flucht erschossen.“ — Der Arbeiter Konrad aus Flensburg wurde beim Flugblattverteilen „auf der Flucht erschossen.“

Gefoltert und gemordet. Der frühere Vorsitzende der kommunistischen Gemeinderatsfraktion in Frankfurt, Conrad Lang, ist an den Folgen der Folterungen, die an ihm im Konzentrationslager verübt worden sind, gestorben. — Im Filzteil in Schneeberg im Erzgebirge wurden 3 mit Stricken zusammengebundene und mit Steinen beschwerte Leichen gefunden. Einer der Toten war der frühere kommunistische Unterbezirkssekretär Hoob, der vorher Tag für Tag furchtbar mißhandelt worden war.

MAX KLINGER:

Volk in Ketten

DEUTSCHLANDS WEG INS CHAOS

Dies Buch ist die erste umfassende Darstellung der Entstehung des „Dritten Reiches“. Es schildert auf knappem Raum — 104 Seiten —:

- Hitlers Weg zur Herrschaft.
- Das System Göring (1. — 27. Februar).
- Reichstagsbrand und Absprung (27. 2. — 5. 3.)
- Die „nationale Erhebung“ (6. — 21. 3.).
- Das Gesicht des braunen Schreckens.
- Deutschland — eine Despotie!
- Die Diktatur richtet sich ein.
- Der Schlag gegen die Arbeiterschaft.
- Die Außenpolitik der Despotie.
- Die Atempause.
- Die Alleinherrschaft.
- Zuchthaus Deutschland.

So formt sich aus den 12 Kapiteln dieses Buches das Bild des großen „Zuchthauses Deutschland“, das die Schrift von Klinger in seiner ganzen Entsetzlichkeit enthüllt.

Das Buch erscheint in dieser Woche. — Preis in der CSR. K 12.— // Oesterreich. ö. Sch. 3.10 // Polen, Zloty 3.10 // Schweiz Fr. 1.85 // Frankreich Frs. 9.— // Holland hfl. 0.90 // Dänemark Kr. 2.50 // England Pfund 0/2/2 // Belgien Frs. 13.— // Rumänien Lei 70.— // USA. Dollar —.55.

macht, manchmal zwangen die braunen Folterknechte die Häftlinge auch, sich gegenseitig zu prügeln.

Die Anklage wurde erhoben, das Gericht stützte sich im wesentlichen auf die „Protokolle“ der Voruntersuchung.

Richter: Sie haben gehört, was Ihnen zur Last gelegt wird. Was haben Sie dazu zu sagen?

Jugendlicher Angeklagter: Es ist nicht wahr, ich habe die Flugschriften nicht verteilt...

Richter: Es hat gar keinen Zweck, wenn Sie uns hier beschwindeln. Sie haben ja in der Voruntersuchung alles gestanden.

Angeklagter: Bei der Voruntersuchung sind wir geschlagen...

Richter (schreiend): Werden Sie nicht noch frech! Wir ziehen sonst ganz andere Salten auf. Verstanden?

Angeklagter (schweigt verschüchtert): Das Gericht verhängte insgesamt mehr als 100 Jahre Gefängnis, 9 Jahre und 9 Monate Zuchthaus. Nur zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Mutter eines jungen Angeklagten brach bei der Urteilsverkündung schreiend zusammen und wurde hinausgetragen.

Aus der gleichgeschalteten Presse:

Der deutschen Jugend wieder ein Vaterland zu geben, das sie mit heißem Herzen lieben, für das sie freudig ihr Bestes geben, auf das sie stolz sein kann ist unsere heiligste Pflicht.

Hering mit Schlagsabne

Was ist zukunftsreich und revolutionär?

Regierungsrat Wilfrid Bade vom braunen Propagandaministerium hat eine Rede über die „Kulturpolitischen Aufgaben der deutschen Presse“ gehalten (und herausgebracht bei Junker und Dünhaupt, Berlin). In dieser Rede wird vom Feuilleton der gleichgeschalteten Presse vor allem „Pflege der völkischen Kultur“ gefordert. Der Roman müsse völkisch sein. Den guten Unterhaltungsroman habe bisher leider nur die Nazipresse gepflegt. Göbbels' Regierungsrat braucht ja nicht zu wissen, daß der Romantitel der sozialdemokratischen Presse selbst von den Gegnern des Sozialismus mehrfach als Pflanzstätte literarischer Menschengestaltung berühmt wurde. Er braucht auch nicht zu wissen, daß sich kürzlich erst die gleichgeschaltete „Literarische Welt“ über die schlechten Romane der nationalsozialistischen Presse beschwerte und in diesem Teile energische Besserung forderte. Schenken wir Göbbels' Wilfrid das alles. Festgehalten aber muß die Definition werden, mit der er den staunenden Presseleuten des Dritten Reiches endlich sagt, was zukunftsreich und revolutionär ist:

„Das deutsche Feuilleton wird vor allen Dingen in gleichem Maße zukunftsreich sein müssen wie traditionsgebunden und konservativ. Denn jeder konservative Gedanke ist ebenso

wie jeder revolutionäre ein Todfeind der Reaktion. Gerade jenes konservativ-revolutionäre Moment, das die deutsche Kunst von jeher in ihren höchsten Epochen auszeichnete, von Grünewald über Rembrandt bis zu Franz Marc, von Luther über Schiller bis zu Binding und Johst, wird das deutsche Feuilleton befähigen, zwischen Gestern und Morgen im Heute zu vermitteln.

Für den Fall, daß jetzt über die Aufgaben des deutschen Feuilletons immer noch keine Klarheit geschaffen ist und einige gleichgeschaltete Feuilletonisten pedantisch über einige Begriffe stolpern, sollen hier einige Erläuterungen gestiftet werden: Konservativ-revolutionär waren jene Blaublütigen des wilhelminischen Deutschlands, die am Dreiklassenwahlrecht festhielten; konservativ-revolutionär sind Hugenberg, Papen und Thyssen, sind Görings Junkerliche Freunde, sind der Herr Oldenburg von Januschau, sind die alten Prinzen und Generale und das gesamte monarchistische Lager; ihre konservativen, traditionsgebundenen Gedanken sind ja bekannt als revolutionäre Todfeinde jeder Reaktion. Ja, wo ist und was ist nun aber Reaktion?!

Das, lieber Leser, gibt's überhaupt nicht, das ist eine reaktionäre marxistische Erfindung! Und nun auf, deutsche Feuilletonisten! Jetzt wißt ihr, was zukunftsreich und revolutionär ist, denn der Mann, der in Göbbels' Auftrage endlich das Revolutionäre des Hugenberg-Thyssenschen Konservatismus lehrte, ist eine große Kanone im Ministerium für Volksaufklärung.

Hakenkreuz und Davidstern

Wie aus Berlin berichtet wird, ist in den dortigen Wohlfahrtsämtern folgende amtliche Bekanntmachung angeschlagen:

„Um Fälschungen nach Möglichkeit auszuschließen, werden zur Unterscheidung der städtischen Eckkarten 80 verschiedene Zeichen verwendet. Unter diesen Zeichen befindet sich eine Figur, die dem jüdischen Davidstern ähnlich sieht. Um zu vermeiden, daß die gesunden antisemitischen Empfindungen der Volksgenossen verletzt werden, wird in Zukunft eine andere Figur gewählt werden. Von einem Neudruck der bereits vorhandenen Karten müssen wir jedoch mit Rücksicht auf die gespannte Finanzlage der Stadt Berlin absehen.“

Es ist gar nicht auszudenken, welches Unheil durch diese wohlweise Kundgebung des Berliner Nazi-Magistrats verhütet worden ist. Die Wohlfahrtsempfänger werden ihren Hunger viel weniger spüren, nachdem sie erfahren, mit welcher rührender Sorgfalt die „gesunden antisemitischen Empfindungen der Volksgenossen“ vor der Berührung mit dem Davidstern geschützt werden.

Im Nebelung

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichskommissärs für die Milchwirtschaft. Bei der Angabe des Datums kommt hier zum ersten Male die germanische Monatsbezeichnung „Nebelung“ für November in Anwendung.

Das Reich wird ausgeplündert

Kleine Geschenke für Fritz Thyssen — Eine Hypothek der »Allianz« und des Reichswirtschaftsministers Schmitt

Man würde Herrn Thyssen, diese Inkarnation des kapitalistischen Beutemachers, unterschätzen, glaubte man, daß er bloß aufs Große geht; seine Verbindung mit den politischen Beutemachern hat ihn nicht nur befähigt, das Reich aus seiner Herrschaftstellung in der Montanindustrie herauszuwerfen und die über 100 Millionen Reichsgelder dem schwerindustriellen Privatkapital einzuverleiben, er nützt sie auch zu kleinen Geschäften gehörig aus. Dafür ein Beispiel, das man nicht im Drang größerer Ereignisse verloren gehen lassen soll.

Einer der skandalösesten Bankrotte im Bereich der deutschen Schwerindustrie war der

Zusammenbruch der Kohlegewerkschaften Ewald und König Ludwig, wobei sich eine Gesamtschuldenlast von rund 95 Millionen Mark ergeben hatte. Die Gewerkschaften waren bankrott, das Kapital verloren. Aber die Inhaber der Kuxe waren Schwerindustrielle, also mächtige Herren, und unter ihnen war Thyssen. Die Gläubiger — soweit es nicht ausländische Banken waren — waren hauptsächlich die Berliner Großbanken, an ihrer Spitze die von der Golddiskont-, also von der Reichsbank abhängige Deutsche Bank und die dem Reich gehörende Dresdner- und Commerzbank. Es war also zu erwarten, daß die unvermeidliche Sanierung die Schwerindustriellen möglichst schonen und den Banken die größeren Opfer auferlegen werde.

Die Erwartung trog nicht. Die Gewerkschaft sollte in eine Aktiengesellschaft mit 16 Millionen Kapital umgegründet werden, 6 Millionen sollten die Gewerkschaften erhalten, obwohl ihr „Kapital“ restlos verloren war, und 10 Millionen die Gläubiger. Ausdrücklich erklärten die Banken, daß das — nämlich das Geschenk von 6 Millionen an die bankrotten Besitzer — das Aeußerste wäre, das noch zu vertreten sei.

Aber der Vorschlag stieß in den Gewerkschaften auf Opposition, und tonangebend war die Gruppe Thyssen.

Das war noch vor der politischen Machtergreifung Hitlers und vor der wirtschaftlichen Machtergreifung Thyssens. Seitdem hat sich, wie manches andere im Dritten Reich, auch der Sanierungsplan geändert. Er ist, wie kaum noch gesagt zu werden braucht, nach dem mächtigen Befehl und dem privaten Interesse des Thyssen diktiert und

die Banken mußten kapitulieren.

Die neue Aktiengesellschaft wird mit 21 Millionen Kapital ausgestattet, statt mit 16. Davon erhalten die Gewerkschaften 14 Millionen, also die Zweidrittelmehrheit, während in dem ersten Vorschlag das Verhältnis gerade umgekehrt war. Die Banken müssen die Aktien gegen Aufrechnung der Forderungen in gleicher Höhe zu pari übernehmen; was das heißen wird, werden wir gleich sehen. Die restlichen Bankkredite müssen auf sechs Jahre zu dem unterdurchschnittlichen Zinsfuß von 4 Prozent gestundet werden; eine Million sogar für dieselbe Zeit zinslos.

Aber damit nicht genug! Die Bankrotteure bekommen nicht nur ihr Kapital wieder, sondern auch die absolute Verfügungsgewalt, die Majoritätsherrschaft über das Unternehmen und damit zugleich über die Dutzende von weiteren Millionen, die die Banken darin stehen lassen müssen. Herr Thyssen kann wirklich zufrieden sein.

Wirklich? Aber da kennt ihr den Thyssen, diesen totalen Kapitalisten und totalen Nationalsozialisten, noch immer nicht! Die Gewerkschaften bekommen — und erst an diesem Meistergäunerstreich erkenne ich meinen Thyssen — zu ihren Aktien als Gratiszugabe — denn das Zugabeverbot gilt in diesen Sphären nicht — **noch Genußscheine in der Höhe von 8,4 Millionen Mark.**

Damit hat es folgende Bewandnis. Von dem Reingewinn der nächsten fünf Jahre werden jährlich 1,7 Mill. Mark in einen Tilgungsfonds gelegt. Mit diesen Beträgen werden die Genußscheine in Aktien von gleichem Nennwert umgewandelt. Mit anderen Worten: nach 5 Jahren haben die Gewerkschaften statt ihres jetzigen Aktienkapitals von 14 Millionen, eines von 22,4 Mill.; voraussichtlich wird der Gewinn der nächsten Jahre über diese Summe nicht hin-

ausgehen, so daß der gesamte Gewinn für die Gewerkschaften usurpiert bleibt; die Banken werden für ihre Aktien voraussichtlich nichts erhalten; ihr Papier ist für die nächste Zeit dividendenlos, und das haben sie zu pari übernehmen müssen! Sollte aber nach fünf Jahren Gewinn- und Dividendenaussicht bestehen, dann sind die Banken verpflichtet, ihre Aktien zu pari den Gewerkschaften anzubieten! Dafür haben sie es auch übernommen, für das trotz allem nur zum Schein sanierte, von vornherein überkapitalisierte und überschuldete Unternehmen für die kommenden schwierigen Zeiten einen zusätzlichen Ueberbrückungskredit zur Verfügung zu stellen.

Und jetzt kommt die Pointe, nein, gleich zwei! Für die gesamte Umwandlung der beiden Gewerkschaften

hat das Reich Steuerfreiheit gewährt, wodurch ein Millionenbetrag (natürlich für den Thyssen und seine Kumpane) erspart und das ganze saubere Geschäft erst möglich geworden ist. Und die zweite Pointe: Der neue Sanierungsplan ist im engsten Einvernehmen mit der Reichsbank zustande gekommen. Verwaltung, frühere Opposition und Banken haben Herrn Staatsrat

Fritz Thyssen gebeten, den Vorsitz im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft zu übernehmen.

Herr Staatsrat haben angenommen...

Die Methode ist dieselbe wie beim Raub von Gelsenkirchen. Das Reich oder die dem Reich direkt oder indirekt gehörenden Banken werden zugunsten kleiner, aber politisch mächtig gewordener Kapitalisten beraubt. Und die berufenen Wahrer der Reichsinteressen, wie in diesem Fall der ehrbare Schacht, stehen den Einbrechern Schmiere! Und dann stellt sich der Hitler hin und spricht von Korruption und Säuberung.

Daß aber der Thyssen zwar der hervorragendste und erfolgreichste, aber keineswegs der einzige Repräsentant von immer mehr um sich greifenden Methoden privatkapitalistischer Bereicherung auf Kosten des Gemeinnutzes ist, zeigt ein anderes Beispiel.

Kurz bevor die DD-Bank (Deutsche Bank und Diskontogesellschaft) zusammenbrach, hatte

die Diskontogesellschaft ein riesiges neues Direktionsgebäude

in Berlin fertig gebaut. Es stand die letzten drei Jahre leer und kostete im Jahre mehrere hunderttausend Mark Unterhaltungskosten und Abgaben. Dieses un-

verwendbare Gebäude ist jetzt gekauft worden. Wer hats in dieser Krise dazu? Das Reich! Das Reich braucht das Gebäude dringend, um in dem „gewaltigen Komplex bisher zerstreut liegende Ministerialbüros unterbringen“ zu können. Denn wir leben ja in der Zeit der Verwaltungsvereinfachung. Zwar sind gerade erst durch die Beseitigung des preußischen Landtages und des Staatsrates zwei große Gebäude frei geworden, die sich sehr gut für solche Zwecke eignen, aber was tut: wo ein Wille der Profitierer, da ist ein Weg für Normalisierer...

Wie dunkel das Geschäft an sich ist, geht am besten daraus hervor, daß man sich

scheut, den Kaufpreis genau anzugeben.

Man erfährt nur, daß es sich um einen Betrag von weniger als 10 Prozent des Kapitals der Bank handelt, das 144 Millionen beträgt. Er wird also knapp unter 14 Mill. liegen — eine horrend Summe für ein praktisch auf viele Jahre hinaus unverkäufliches Gebäude!

Aber wieder nicht genug: Vom Kapital der Deutschen Bank besitzt das Tochterinstitut der Reichsbank, die Golddiskontbank, 45 Millionen. Das Reich bezahlt den Preis der Deutschen Bank, in deren Aktien, die es von der Golddiskontbank erwirbt. In dieser Höhe wird also der Anteil der öffentlichen Hand an der DD-Bank vermindert, reprivatisiert. Ein etwaiger Rest des Kaufpreises wird der DD-Bank in 5 Prozent Reichsschatzanweisungen gezahlt, um die dringend verbesserungswürdige Liquidität zu steigern! Dabei wird wieder nicht der Anrechnungspreis der Aktien angegeben! Die Aktien stehen gegenwärtig auf zirka 48 Prozent. Die Golddiskontbank hat sie seinerzeit bei der Bankensanierung über pari übernommen. Wir sind fest überzeugt, daß das Reich einen unangemessenen hohen Preis dafür zahlen wird, daß die Bank zu einem erheblichen Teil reprivatisiert wird. Es ist schon eine ganz skandalöse Wirtschaft, die der kapitalistische Klüngel mit seiner politischen Macht treibt.

Und nun zum Abschluß noch eine pikante Kleinigkeit. Die berüchtigten Lahusen hatten kurz vor dem Krach für die „Nordwolle“ ein Verwaltungsgebäude mit einem Kostenaufwand von nicht weniger als 12 Mill. Mark errichtet. Das Haus ist seit der Konkurseröffnung in Zwangsverwaltung der

Versicherungsgesellschaft „Allianz“, die darauf eine Hypothekenforderung von

4,8 Mill. hat. Das an sich unverkäufliche Gebäude soll im Dezember zur Zwangsversteigerung kommen, und es würde der Allianz nichts übrig bleiben, als es zu versteigern. Nun wird bekannt, daß der bremische Staat als Treuhänder für das Reich ein Gebot bis etwa in Höhe der Hypothek abgeben wird! Das Reich, man muß es immer wieder wiederholen, hats ja dazu. Einziehen soll — in das Riesengebäude! — die Präsidialstelle des Landesfinanzamtes Unterweser, sowie die Finanzämter Ost und West. (Erinnert man sich des nationalsozialistischen Geschreis über die „Luxusbauten“ der Finanzämter?) Ferner die Preußische Staatsbank, die Staatliche Feuerversicherung und der Gemeinnützige Grundkreditverein. Man sieht, mit einiger Mühe gelingt es den vereinigten Anstrengungen von Reich und Staat sogar, Mieter zu finden. Aber das ist ja Nebensache. Hauptsache ist, daß mit öffentlichem Geld die faul gewordene Hypothek der „Allianz“ abgelöst wird.

Als Generaldirektor der Allianz hat Herr Schmitt die Hypothek gegeben und sie war uneinbringlich. Herr Schmitt ist seitdem Wirtschaftsminister und die Hypothek ist erstklassig geworden.

Dr. Richard Kern.

Das Buch vom Staatsstreich

Max Klinger: „Volk in Ketten“

Im Graphia-Verlag in Karlsbad erscheint soeben Max Klingers Buch „Volk in Ketten“.

Dieses Buch gehört nicht zur Emigrantensliteratur. Es ist in Deutschland geschrieben. Ueber die abenteuerliche Geschichte seiner Entstehung ließe sich vielleicht noch zweites Buch schreiben, das nicht weniger spannend wäre als das erste. Doch soll diese Vorbemerkung keineswegs eine Entschuldigung sein. Das Buch braucht keine. Trotz der ungewöhnlichen Schwierigkeiten unter denen es zustande kam, ist es äußerst sorgfältig geschrieben. Man spürt, daß man es hier keineswegs mit einem Literaten zu tun hat, der sich auf Kosten anderer ins Licht stellt, sondern mit einem politischen Publizisten, der sich seiner Verantwortung bewußt ist und dessen Urteil, ob man ihm nun zustimmt oder nicht, auf alle Fälle ernstzunehmen ist.

Der Verzicht auf sensationellen Aufputz und feuilletonistische Schaufensterdekoration ist dem Buch nicht zum Schaden, sondern zum Vorteil geworden. Knapp und anschaulich folgt es dem atemraubenden Tempo der deutschen Tragödie. Zug um Zug enthüllt es die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs von seiner Vorbereitung in der demokratischen Legalität bis zur Zerstörung dieser Legalität und zum Ausbau des totalen Parteistaats. Man sieht, wie innerhalb der Demokratie die massenmäßige Machtgrundlage geschaffen wird, von der aus dann der zerschmetternde Schlag gegen Recht und Verfassung geführt wird. Die Geschichte des Verzweigungskampfes der Deutschenationalen, die von Hugenberg in tödliche Bundesgenossenschaft verstrickt, sich vergebens gegen die Schlingen deutscher Treue zu wehren versuchen, bildet ein Glanzstück dieses Buchs.

Zum ersten Mal wird hier auch der Versuch gemacht, die Stellung der Sozialdemokratischen Partei im Sturm der Ereignisse auf Grund genauer Kenntnis der Dinge zusammenfassend darzustellen. Diese Darstellung bringt mancherlei, was dem Außenstehenden neu sein wird. Sie kann freilich den noch ausstehenden ausführlichen Bericht nicht ersetzen; sie muß ja Rücksicht darauf nehmen, daß die geheime Staatspolizei zu ihren aufmerksamsten Lesern gehören wird. Immerhin läßt sie erkennen, daß es den Meinungskämpfern, die in der Partei ausgefochten wurden an sachlicher Schärfe nicht gefehlt hat. Während die einen vorläufig auf jeden Kampf verzichten und sich auf das Abwarten einrichten wollten, forderten die anderen die sofortige Aufnahme des Kampfes und zu diesem Zweck Schaffung eines Stützpunktes außerhalb Deutschlands. Also Vertreter einer vorläufig Passivtaktik auf der einen, Aktivisten auf der anderen Seite. Max Klinger präsentiert sich mit seinem Buch als ein entschlossener Verfechter der aktivistischen Politik, die dadurch zugleich eine ausgezeichnete Rechtfertigung erhält. Denn dieses Buch ist eine Tat!

Die theoretisch-wissenschaftliche Monatschrift der Partei, die „Sozialistische Revolution“

mußte ihren Titel ändern. Sie erscheint ab Heft 2 (November 1933) unter dem Titel

„Zeitschrift für Sozialismus“

Sie will führend mithelfen, die neuen Wege zum alten Ziel, zur sozialistischen Gesellschaft zu finden, die die faschistische Diktatur ablösen wird. Die

„Zeitschrift für Sozialismus“

soll die Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Revolution schaffen. Sie dient der Klärung der Meinungen innerhalb der sozialistischen Front. Die

„Zeitschrift für Sozialismus“

soll die Grenzen der Bewegung abstecken und die neuen Kampfmethoden finden helfen. Sie will der ideologische Motor im neuen Kampfabschnitt des Sozialismus sein. Die

„Zeitschrift für Sozialismus“

ist die Monatschrift des verantwortungsbereiten Sozialisten, der sich mit der politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung unserer Tage kritisch auseinandersetzt. Sie ist unentbehrlich für jeden, der sich in die Kampffront gegen die faschistische Reaktion einreihen will

„Zeitschrift für Sozialismus“

ist durch die Druck- u. Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad, Kantstraße, zu beziehen. Bezugspreis pro Einzelheft in der CSR. Kč 4.—; Oesterreich Sch. —.80; Schweiz Frs. —.70; Frankreich f. Fr. 3.50; Holland hfl. 0.35; USA, Dollar 0.20; Dänemark Kr. —.90; England Pfd. St. 0/0/10; Belgien Frs. 5.—; Polen Zl. 1.—